

22. Bezirk – Donaustadt

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024**

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 05873 nach Edith Klinger zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Edith Klinger (geboren am 20. Dezember 1911 in Wien; Sterbetag unbekannt; Begräbnis am 5. September 1993 im Friedhof Grinzing in Wien).

Edith Klinger kam am 20. Dezember 1911 im ersten Wiener Gemeindebezirk zur Welt und war die erste landesweit bekannte österreichische Fußballspielerin. Sie gründete auch den ersten weiblichen Fußballclub Österreichs und pfiff als erste weibliche Schiedsrichterin auch Männer Spiele. Durch ihre Vorbildwirkung wurde Wien in der Zwischenkriegszeit zu einer Stadt der Fußballpionierinnen.

Klinger wuchs in einer Zeit auf, in der Fußball als Leistungssport eine reine Männerdomäne war, in der es für Frauen scheinbar keinen Platz gab. Nur vereinzelt und zumeist abfällig wurde zwischen 1923 und 1926 über weibliche Fußballspiele berichtet. 1934, in einer Zeit, in der das austrofaschistische Regime danach strebte, die staatliche Kontrolle über Sportausübende zu erlangen und Frauen aus dem Leistungs- und Wettkampfsport zu drängen, beschloss die knapp 23-jährige Edith Klinger den ersten weiblichen Fußballclub zu gründen.

Am 26. Oktober 1934 respektive 11. Januar 1935 stellte sie den Antrag zur Gründung des „1. Damen-Fußball-Club Kolossal“ (DFC) und der später in „Tempo“ umbenannt wurde. Engagiert rief sie durch eine Zeitungsannonce Wienerinnen zwischen 17 und 25 Jahren auf, sich bei Interesse am Fußballsport zu melden. Dieser Aufruf wurde anfangs noch etwas belächelt, doch die *Illustrierte Kronen-Zeitung* unterstützte das Vorhaben Klingers und zeigte sich beeindruckt über die Resonanz des Aufrufs. Besondere öffentliche Unterstützung erhielt sie vom damals einflussreichsten Sportjournalisten und beliebten Radiokommentator der Spiele des österreichischen Wunderteams, Willi Schmieger. Frauen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten begannen fortan zwei Mal wöchentlich zu trainieren. Schon

beim ersten offiziellen Frauenfußballspiel im Oktober 1935 am Lehrerplatz (heute Postsportplatz) in Hernals verfolgten 2.600 Zuschauer*innen das Spiel, in der Folge bildete sich eine Fangemeinde von jeweils 2.000 bis 3.000 Zuschauer*innen pro Spiel.

Im April 1935 wurde Edith Klinger nach Absolvierung der Schiedsrichterausbildung beim Österreichischen Fußballbund (ÖFB) mit „exzellenten Resultaten“ die erste österreichische Schiedsrichterin und leitete auch Männer Spiele der unteren Ligen. Außerdem leitete sie als Schiedsrichterin auch zwei internationale Herren Spiele: am 15. November 1935 in Brünn zwischen dem SK Brünn und Ostmark XI aus der zweiten Wiener Liga und am 8. September 1937 in Rousinow zwischen der tschechoslowakischen Nationalmannschaft und dem österreichischen SK Möllersdorf. Dieses zweite Spiel fand jedoch statt, nachdem Klinger in Österreich daran gehindert worden war, nicht nur Männer-, sondern auch Frauenspiele zu leiten. Daraufhin erwarb sie auch ein weiteres Schiedsrichterdiplom, diesmal für Eishockey.

Mit der Schaffung der 1936 als 1. Österreichische Damenfussball-Union (DFU) ins Leben gerufene Liga existierte in Österreich der weltweit einzige geregelte Meisterschaftsbetrieb für Frauen.

Trotz des großen Engagements Klingers und weiterer fußballbegeisterter Damen wurde Frauenfußball seitens des ÖFB noch nicht offiziell anerkannt und durch das austrofaschistische Regime immer weiter erschwert. Schließlich wurde Klingers Schiedsrichterlizenz entzogen und im Oktober 1936 verunmöglichte der ÖFB faktisch den Frauenfußball, indem er diesem die Nutzung der Verbandsfußballplätze untersagte. Trotz dieser massiven Ausgrenzungsmaßnahme gelang es der DFU dennoch zwei vollständige Meisterschaftssaisonen auszutragen. Am 5. Februar 1937 trat Klinger als Vizepräsidentin der Damenfussball-Union zurück.

Enthusiastische Frauen spielten weiter Fußball, in der Regel auf kleinen Spielfeldern von Amateurvereinen für Männer. Während diese Spiele oft von der Polizei behindert wurden, feindeten Politiker der "Vaterländischen Front" und anderer rechtsgerichteter Parteien fußballspielende Frauen öffentlich an. Nach dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland wurde im Juni 1938 ein allgemeines Spielverbot für Frauenfußball verhängt und die österreichische Damenfußball-Union zur Auflösung gezwungen.

Von Edith Klingers Leben ist seitdem nicht viel bekannt. 1993 verstarb sie und wurde am 5. September 1993 in Wien Grinzing begraben.

Heute wird international anerkannt, dass Edith Klinger zu den Wegbereiterinnen des Frauenfußballs in Wien, Österreich und Europa gehört.

Aufgrund ihrer Pioniertätigkeit und ihrer zahlreichen außergewöhnlichen Leistungen um den österreichischen Frauenfußball erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Edith Klinger im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 06835 nach Bertha Zahourek zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Bertha Zahourek (geboren am 3. Januar 1896 in Wien; gestorben am 14. Juni 1967 in Wien), verehelichte Blaha-Zahourek, war eine österreichische Schwimmerin.

Bertha Zahourek wurde in Wien als uneheliches Kind geboren und wuchs bei den Pflegeeltern Georg und Betty Fürmann auf. Sie lernte bei ihrem Pflegevater, der im Dianabad in Wien beschäftigt war, im Alter von fünf Jahren schwimmen. Bereits im Jahr 1910 schwamm die 14-jährige einen Weltrekord in 300 Meter Freistil in 5:57,9 Minuten.

Bei den Olympischen Spielen 1912 in Stockholm standen erstmals Schwimmwettbewerbe für Damen auf dem Programm. Am 8. Juli schied Zahourek zwar im 100-Meter-Freistil-Wettbewerb im zweiten Vorlauf aus, gewann jedoch am 15. Juli 1912 gemeinsam mit Margarete Adler, Klara Milch und Josephine Sticker als Schlusschwimmerin die Bronzemedaille in der 4×100-Meter-Freistilstaffel. Damit waren die vier Schwimmerinnen die ersten österreichischen Frauen, die eine olympische Medaille gewannen.

Unter der Bezeichnung "Quer durch Wien" fiel Anfang September 1912 der Startschuss für den ersten Schwimmwettkampf im Donaukanal. Bertha Zahourek gehörte zu jenen Persönlichkeiten, die "Quer durch Wien" maßgeblich prägte. Insgesamt vier Mal konnte sie zwischen 1914 und 1921 den Wettbewerb für sich entscheiden. Keiner der nachfolgenden Sieger*innen, auch nicht bei den Männern, kam je an diese Rekordmarke heran.

Bertha Zahourek gewann in ihrer aktiven Schwimmkarriere an die 200 Medaillen und Ehrenpreise und ist damit eine der erfolgreichsten österreichischen Schwimmerinnen aller Zeiten. Nach ihrem Karriereende als Leistungsschwimmerin widmete sie sich

dem Rettungsschwimmen und war später Präsidentin des Österreichischen Rettungsschwimmklubs.

Aufgrund ihrer großartigen sportlichen Leistungen und ihres überzeugenden gesellschaftlichen Engagements erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Bertha Zahourek im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 06903 nach Judith Deutsch zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Judith Deutsch (geboren am 18. August 1918 in Wien; gestorben am 20. November 2004 in Herzlia, Israel), verheiratete Haspel, war eine der erfolgreichsten österreichischen Schwimmerin aller Zeiten.

Judith Deutsch war bereits mit 15 Jahren österreichische Meisterin im Freistil über 400 Meter und war in den 1930er Jahren lange Zeit hindurch österreichische Rekordhalterin über alle Kurz-, Mittel- und Langstrecken.

1935 wurde sie zur Österreichischen Sportlerin des Jahres gewählt, nachdem sie 12 Bestzeiten aufgestellt hatte. 1936 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen als eine der drei herausragendsten österreichischen Sportpersönlichkeiten.

1936 wurden vom Österreichischen Olympischen Comité (ÖOC) acht jüdische Sportler*innen in das österreichische Olympiaaufgebot einberufen. Aus Protest gegen die NS-Rassenideologie weigerten sich jedoch sechs davon – darunter auch Judith Deutsch - an den Olympischen Spielen in Berlin teilzunehmen. Dies war gemäß den Statuten des Internationalen Olympischen Comités (IOC) ebenso erlaubt wie nach den Richtlinien des ÖOC. Daraufhin wurden die betroffenen Schwimmerinnen, so auch Deutsch, durch den Österreichischen Schwimmverband lebenslang gesperrt und ihnen alle nationalen Titel aberkannt. Erst nach massiven internationalen Protesten wurde die Sperre auf zwei Jahre reduziert, die Tilgung ihrer Namen aus der Liste der Bestleistungen blieb aber bestehen. Eine Rehabilitierung erfolgte erst 1995 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Österreichischen Schwimmverbandes (VOS).

Judith Deutsch emigrierte noch 1936 nach Palästina. Sie ließ sich mit ihrer Familie in Haifa nieder, das zu dieser Zeit das einzige Schwimmbad in Palästina mit

Olympiamaßen hatte. Judith Deutsch wurde Meisterin und repräsentierte 1939 die Hebrew University bei den World University Games.

1995 wurde Judith Haspel von Otmar Brix, dem damaligen Präsidenten des ÖSV, nach Österreich eingeladen, um ihren Namen wieder in das offizielle Buch der österreichischen Schwimmrekorde einzutragen. Dies lehnte sie aber ab, da sie nicht mehr nach Österreich zurückkehren wollte. Das von einer österreichischen Delegation überbrachte offizielle Entschuldigungsschreiben, in dem auch die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen und ihre Titel, Medaillen und Rekorde wieder verliehen wurden, nahm sie aber gerne an.

Judith Deutsch wurde in die International Jewish Sports Hall of Fame als Vertreterin jener Athleten aufgenommen, die 1936 an den olympischen Wettkämpfen in Berlin hätten teilnehmen können, es aber vorzogen, die Spiele zu boykottieren. Im Jahre 2004 wurde die Geschichte des Schwimmerinnen-Teams der Hakoah Wien in der Dokumentation *Watermarks* verfilmt.

Im Alter von 86 Jahren starb Judith Haspel 2004 in Herzlia (Israel).

Aufgrund ihrer großartigen sportlichen Leistungen und ihres couragierten Eintretens gegenüber rassischer Diskriminierung erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Judith Deutsch im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 12846 nach Mária Telkes zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Mária Telkes (geboren am 12. Dezember 1900 in Budapest; gestorben am 2. Dezember 1995 in Budapest) war eine ungarisch-US-amerikanische Biophysikerin und Wissenschaftlerin. Sie gilt als Pionierin der Sonnenenergie und erfand unter anderem das solarbeheizte Einfamilienhaus, die Solarheizung sowie den Solarofen.

Telkes kam 1900 als ältestes von acht Kindern in Budapest zur Welt und interessierte sich schon in der weiterführenden Schule für die Sonne. Bereits in jungen Jahren wusste sie, später im Feld der Solarenergie forschen zu wollen. Nach der Matura schrieb sie sich daher für ein Studium der Physikalischen Chemie in Budapest ein. Sie promovierte 1924 in diesem Fach und bekam direkt im Anschluss ein Angebot für eine Dozentenstelle seitens ihrer Budapester Universität. Sie lehnte dieses allerdings ab und entschloss sich vorerst in die USA zu reisen, wo sie einen Verwandten in Cleveland besuchte.

Während ihres Aufenthaltes bekam Mária Telkes eine Stelle als Biophysikerin an der Cleveland Clinic Foundation, wo sie einen photoelektrischen Apparat zur Aufzeichnung von Hirnwellen entwickelte. Sie entschloss sich in den USA zu bleiben und bekam 1937 die Staatsbürgerschaft verliehen. Im selben Jahr begann sie bei Westinghouse Electric Corporation zu arbeiten, wo sie an der Umwandlung von Wärme- zu elektrischer Energie forschte. Drei Jahre später wechselte die Wissenschaftlerin an das Massachusetts Institute of Technology (MIT), wo sie als Dozentin für Metallurgie primär an der Umwandlung von Sonnenenergie arbeitete.

Während der Zeit des Zweiten Weltkrieges gelang Mária Telkes eine wichtige Erfindung: sie entwickelte ein Solar-Destilliergerät, welches es mit Hilfe von Sonnenlicht schaffte, Meerwasser zu verdampfen und zu entsalzen und somit zu Trinkwasser umzuwandeln. Das Destilliergerät gehörte von nun an zur festen

Ausstattung von Rettungsbooten und hat wahrscheinlich vielen Seeleuten und Piloten das Leben gerettet. Des Weiteren wurde das System in vergrößerte Form auf den Jungferninseln eingesetzt, um das dortige Trinkwasserangebot zu verbessern.

Gemeinsam mit Architektin Eleanor Raymond erfand Mária Telkes im Jahre 1948 das „Dover Sun House“, das erste mit Solarenergie betriebene Einfamilienhaus sowie einen solarbetriebenen Ofen. Letzterer konnte auch in Ländern mit schlechter Infrastrukturversorgung einfach verwendet werden und war sicher im Gebrauch mit Kindern.

Bis zum Ende ihrer Karriere prägte Mária Telkes das Forschungsfeld der Solarenergie und gründete dazu in New York ein eigenes Forschungslabor. Sie war nie verheiratet, hatte keine Kinder und starb am 2. Dezember 1995 in Budapest. Zum Zeitpunkt ihres Todes waren 20 Patente auf ihren Namen angemeldet.

2012 wurde Mária Telkes in die National Inventors Hall of Fame aufgenommen und 2021 wurde ein Asteroid (Telkesmária) nach ihr benannt.

Aufgrund ihrer großartigen universell anwendbaren wissenschaftlichen Leistungen erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Mária Telkes im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 06834 nach Edith Neumann zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Edith Neumann (geboren am 26. Mai 1902 in Wien; gestorben am 29. Juni 2002 in New York City, USA), geborene Editha Spitzer, war eine österreichische Chemikerin und Mikrobiologin. Sie arbeitete unter anderem in einem Laboratorium als Bakteriologin.

Edith Neumann kam 1902 als zweite Tochter von Alfred und Hermine Spitzer in Wien zur Welt. Ihr Vater war Rechtsanwalt und Kunstsammler, der unter anderem auch Werke von Egon Schiele und Oskar Kokoschka besaß. Ersteren vertrat er auch als Rechtsanwalt und war nach Schieles Tod mit seinem Nachlass betraut. Die Familie hatte jüdische Wurzeln, Edith Neumann selbst konvertierte 1924 allerdings zum Christentum.

Nach dem Lyzeum und einem realgymnasialen Fortbildungskurs begann sie Physik und Chemie an der Universität Wien zu studieren. Sie wurde im Jahre 1927 promoviert, ihre Doktorarbeit trug den Titel „Über die Löslichkeit von Stickoxyd in indifferenten Lösungsmitteln“. Am 3. Oktober desselben Jahres heiratete sie Friedrich Neumann, einen Wiener Philosophen und Theologen.

Ab 1930 arbeitete sie in der Abteilung für Lichtwirtschaft in einer Glühlampenfabrik in Wien-Brittenu und später in einer Fabrik, in der Widerstände und Transformatoren hergestellt wurden. Das Paar lebte zunächst in der Leopoldstadt und zog 1934 nach Döbling. In weiterer Folge arbeitete Neumann als Kanzleiangestellte bei einem Rechtsanwalt, 1936 ging das Ehepaar nach Zagreb, wo Edith Neumann Serbokroatisch lernte um als Übersetzerin zu arbeiten. Zwei Jahre später flohen sie nach dem Anschluss Österreichs aus Zagreb über Italien und Paris nach London. 1939 wurde Friedrich Neumann eine Missionsstelle in Haifa, im damaligen Palästina, angeboten, woraufhin das Ehepaar Neumann neun Jahre dort lebte.

1948 zogen sie nach New York, wo Edith Neumann bis September 1956 als Bakteriologin im Jüdischen Spital in Brooklyn und von September 1956 an im gleichen Beruf im „Maimonides Hospital of Brooklyn“ arbeitete. Ihr Mann wurde Pastor an der Bushwick Congregational Church in Brooklyn. Nach dem Tod ihres Gatten im Jahre 1967 übersiedelte Edith Neumann nach Manhattan und wurde Leiterin des „Jetti Katz Clinical Laboratory“.

Im Alter von 80 Jahren ließ sie sich pensionieren und widmete sie sich der Publikation der Predigten ihres Mannes. 1983 gründete sie die „Frederick Neumann Memorial Lecture“ am Princeton Theological Seminary. Etliche Bilder aus der Sammlung ihres Vaters schenkte sie der Österreichischen Galerie beziehungsweise der Graphischen Sammlung Albertina. 2002 verstarb Neumann im Alter von 100 Jahren in New York City.

Edith Neumann bekam 1998 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft 1. Klasse verliehen und galt als Pionierin auf ihrem Gebiet.

Aufgrund ihrer bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Edith Neumann im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 05679 nach Friederike Mayröcker zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Friederike Mayröcker (geboren am 20. Dezember 1924 in Wien; gestorben am 4. Juni 2021 in Wien) war eine der wichtigsten Autorinnen ihrer Generation im gesamten deutschsprachigen Raum. Sie veröffentlichte ab den 1950er-Jahren bis zu ihrem Tod über 80 Bücher, Lyrik, Prosa, Kinderbücher, Bühnentexte und Hörspiele.

Bereits als Kind erhielt Mayröcker während ihrer Sommeraufenthalte in Deinzendorf (bei Retz) prägende Eindrücke für die lebenslange schriftstellerische Arbeit. 1939, als sie fünfzehn Jahre alt war, schrieb sie erste literarische Texte. Von 1946 an war sie als Englischlehrerin an verschiedenen Wiener Hauptschulen tätig, zwischenzeitlich holte sie 1950 die Matura nach. Mayröcker lernte 1946 otto Basil kennen, den Herausgeber der avantgardistischen Nachkriegszeitschrift Plan, in der auch Paul Celan und Erich Fried veröffentlichten. Einige Jahre später veröffentlichte der einflussreiche Kritiker hans Weigel ihre Gedichte. Andreas Okopenko entdeckte sie für die Zeitschrift Neue Wege und brachte sie in Kontakt mit der Wiener Gruppe um H.C. Artmann und Gerhard Rühm.

1954 lernte sie Ernst Jandl kennen. Beide waren von Wort und Sprache besessen, blieben aber noch auf den Brotberuf des Lehrers angewiesen, den sie beide weiterhin ausübten. Die ersten Veröffentlichungen wurden von der Öffentlichkeit wenig beachtet, man ordnete sie der experimentellen Wiener Gruppe zu, die nach Dada-Art die Bürger verschreckte und Verlage scheu machte. Jandl ging daher 1963 in die Bundesrepublik und nahm auch Mayröckers Arbeiten, die in Deutschland unter anderem im Rowohlt Verlag veröffentlichte.

Einer größeren Öffentlichkeit wurden Mayröcker und Jandl durch das gemeinsam verfasste Hörspiel *Fünf Mann Menschen* bekannt. Arbeiten für den Rundfunk machten ein bescheidenes Leben ohne den Beruf als Lehrer möglich. 1969 ließ sich

Mayröcker als Lehrerin karenzieren und konnte sich nun ungeteilt größeren Prosawerken und weiteren Hörspielen widmen. 1977 ließ sie sich frühpensionieren.

Friederike Mayröcker galt als eine der bedeutendsten zeitgenössischen Schriftstellerinnen im deutschen Sprachraum. Diese Stellung verdankte sie in erster Linie ihrer Lyrik, Erfolg hatte sie aber auch mit Prosa und Hörspielen. Vier davon verfasste sie gemeinsam mit Ernst Jandl, mit dem sie von 1954 bis zu dessen Tod im Jahr 2000 zusammenlebte.

Teile ihres Werks wurden in zahlreiche europäische und andere Sprachen übersetzt. Ihre Arbeitsweise beschrieb Mayröcker so: „Ich lebe in Bildern. Ich sehe alles in Bildern, meine ganze Vergangenheit, Erinnerungen sind Bilder. Ich mache die Bilder zu Sprache, indem ich ganz hineinsteige in das Bild. Ich steige solange hinein, bis es Sprache wird.“

Mayröckers Prosawerk wurde oft als autofiktional beschrieben. Die prominenten Ich-Erzählinstanzen berichten meist von lebensweltlichen und alltäglichen Begebenheiten, häufig werden klassisch autobiographische Elemente wie Zitationen privater Gespräche, Briefe und Tagebucheinträge in die Prosatexte eingearbeitet.

Mayröcker gewann viele der wichtigsten literarischen Preise im deutschsprachigen Raum, etwa 2014 den erstmals vergebenen Österreichischen Buchpreis oder 2001 den Georg-Büchner-Preis. 2019 erwarb das Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek einen Teilvertrag.

2015 erhielt Mayröcker die Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien. Sie lebte zeitlebens in Wien, wo sie im Juni 2021 im Alter von 96 Jahren starb. Mayröcker wurde in einem Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof beerdigt.

Aufgrund ihrer überragenden Leistungen auf dem Gebiet der Literatur erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Friederike Mayröcker im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 05648 nach Senta Wengraf zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Senta Michaela Irene Wengraf (geboren am 10. Mai 1924 in Wien; gestorben am 6. Dezember 2020 in Wien), verehelichte Wengraf-Herberstein, war eine österreichische Theater- und Filmschauspielerin.

Nach dem Besuch des Gymnasiums erfolgte eine Ausbildung in der Modeschule Hetzendorf, wobei sie nebenher als Model und Statistin beim Film arbeitete. Sie brach aber die Ausbildung ab und absolvierte dann eine Bühnenausbildung bei der bekannten Schauspielerin Dorothea Neff, sowie eine Schauspielschule.

1946 gab sie ihr Debüt am Wiener Volkstheater. Weitere Bühnenstationen waren das Burgtheater Wien, das Nationaltheater Mannheim, die Städtischen Bühnen Frankfurt am Main, das Schauspielhaus Düsseldorf, die Münchner Kammerspiele und das Theater in der Josefstadt, die Wiener Kammerspiele und das Salzburger Landestheater. 1946 spielte sie im ersten österreichischen Spielfilm nach dem Zweiten Weltkrieg *Glaube an mich* sowie in den populären *Sissi*-Filmen.

Dem österreichischen Fernsehpublikum (ORF) der 1960er-Jahre wurde sie besonders durch die Rolle der Schwiegertochter "Ilse" in der Fernsehserie *Familie Leitner* bekannt. In Folge spielte sie auch in den siebziger und achtziger Jahren die Fernsehserien *Trautes Heim* und *Die liebe Familie*.

Sie war 50 Jahre am Theater in der Josefstadt tätig und wurde hauptsächlich als Salondame besetzt. Sie wirkte auch umfangreich für den Hörfunk. Senta Wengraf wirkte insgesamt in über 40 Spielfilmen mit. Ihre letzte Rolle auf der Bühne hatte die Künstlerin gemeinsam mit Otto Schenk in dem Stück *Othello darf nicht platzen* in den Wiener Kammerspielen.

Der 2003 verstorbene Opernführer Marcel Prawy vermachte Lebenspartnerin Senta Wengraf seine umfangreiche Sammlung von Musikdokumenten, Handschriften und Noten-Originale von Richard Strauss bis Leonard Bernstein. Sie überließ diese wiederum der Stadt Wien.

2008 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Nach ihrem Ableben wurde Senta Wengraf in einem Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.

Aufgrund ihrer großartigen künstlerischen Leistungen erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Senta Wengraf im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den Gemeindebau in der Moissigasse 19 nach Roman Haller zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Roman Haller (geboren am 2. November 1920 in Wien; gestorben am 5. Mai 2010 in Wien) war ein österreichischer Antifaschist, Maler und Grafiker.

Roman Haller war der Sohn eines Schlossermeisters und besuchte nach der Grundschule von 1934 bis 1937 eine technische Lehranstalt in Wien. Mit knapp 19 Jahren wurde er im Sommer 1939 zur Musterung einberufen und der Marine zugeteilt, zunächst jedoch für ein Jahr freigestellt, da er sich an einer Kunstgewerbeschule eingeschrieben hatte.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wollte Haller es vermeiden eingezogen zu werden und damit für das nationalsozialistische Deutschland kämpfen zu müssen. Gemeinsam mit einem Jugendfreund, dessen Mutter Jüdin war, beschloss er nach Israel zu flüchten. Nach Wochen der Flucht missglückte ihr Vorhaben und die beiden wurden in Dubrovnik verhaftet. Von dort wurden sie nach Sarajevo, dann nach Belgrad, anschließend nach Ljubljana und schlussendlich nach Italien abgeschoben. In Italien nächtigte Haller in einem Hospiz, wo ihn ein dort lebender Mönch an die deutsche Behörde verrät, welche ihn schließlich verhaften ließ. Haller wurde nach Wien überstellt und im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis in Favoriten inhaftiert. Vom Gericht des Wehrkreiskommandos XVII in Wien wurde Roman Haller als Wehrmann wegen des „Versuchs der Entziehung von der Wehrdienstpflicht“ zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe wurde auf Bewährung ausgesetzt, bei Nichtbewährung sollte sie nach dem „Endsieg“ verbüßt werden. Haller musste schließlich in der Marine des Deutschen Reiches dienen. Seinem Freund gelang die Flucht und er diente in der Folge in der französischen Fremdenlegion.

Das Urteil der NS-Militärjustiz gegen Roman Haller betreffend Wehrdienstverletzung wurde erst im Frühjahr des Jahres 1997 von der Republik Österreich aufgehoben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges studierte Roman Haller von 1945 bis 1947 an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien. Anschließend war er als Graphiker tätig, entwarf Möbel, Hausrat und Textilien und fertigte technische Zeichnungen an. 1948 besuchte er eine Ausstellung der Wiener Künstlervereinigung Art Club und wurde von den Bildern des spanischen Malers Pablo Palazuelo inspiriert, sich selbst in der abstrakten Malerei zu betätigen. 1951 wurde er Mitglied im Art Club und seine Werke wurden auf Ausstellungen im In- und Ausland gezeigt. Auf der Ausstellung „Österreichische Kunst der Gegenwart“ im Jahr 1952 wurde ihm der „Preis der Jury“ verliehen. Im Jahr 1966 nahm er bei Rudolf Hausner, einem Vertreter der Wiener Schule des Phantastischen Realismus, eine Stelle als Assistent an der Staatlichen Kunsthochschule in Hamburg an, 1968 wurde er als Professor an die Ecole Montolieu in Montreux berufen. Er kehrte schließlich 1971 nach Wien zurück. Bekannt sind bis heute Hallers teilweise großflächigen abstrakten Werke in Form von Mosaiken und Sgraffiti an Gebäuden in Wien.

Roman Haller lebte viele Jahre in Kaisermühlen im Bezirk Donaustadt. Bestattet wurde er 2010 am Friedhof der Feuerhalle Simmering.

Aufgrund seiner ausgeprägten antifaschistischen Gesinnung und seiner wichtigen künstlerischen Leistungen erscheint die Benennung eines Gemeindebaus nach Roman Haller im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 6.3.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den Gemeindebau in der Tietzstraße 2 nach Gertrude Stiehl zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Gertrude Stihl (geboren am 15. April 1928 in Wien; gestorben am 12. März 2018 in Wien) war eine Politikerin der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ).

Gertrude Stiehl war zunächst Lehrerin, zuletzt war sie ab 1971 bis zur Pensionierung Direktorin der Volksschule Konstanziagasse in Wien-Donaustadt und erhielt den Berufstitel Oberschulrätin.

Ab Juli 1955 war sie in der SPÖ Wien-Donaustadt aktiv. 1969 wurde sie Mitglied, später Vorsitzende des Bezirksfrauenkomitees. Von 1972 bis 1989 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPÖ Donaustadt.

1973 zog sie mit Beginn der 11. Wahlperiode in den Wiener Landtag und Gemeinderat ein. Von November 1984 bis Dezember 1987 war sie Dritte Präsidentin des Landtages, von Dezember 1987 bis Dezember 1989 Zweite Präsidentin. Von 1981 bis 1989 hatte sie außerdem die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden des Wiener SPÖ-Frauenkomitees inne. Im Dezember 1989 schied sie aus dem Landtag aus.

Von 1984 bis 1991 fungierte sie als Präsidentin des Wiener Volksbildungswerkes, dessen Ehrenpräsidentin sie anschließend wurde.

Gertrude Stiehl starb 2018 im Alter von 89 Jahren. Sie wurde am Simmeringer Friedhof bestattet.

Aufgrund ihrer bedeutenden kultur-, bildungs- und frauenpolitischen Leistungen erscheint die Benennung eines Gemeindebaus nach Gertrude Stiehl im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in unmittelbarer Nähe der Postfiliale in 1220 Wien, Am Bahnhof 4, ein oder mehrere Altpapiercontainer aufgestellt werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Diese Postfiliale mit einer 24/7-Paket-Abholstation wird von vielen Bürgern genutzt. Viele Abholer hinterlassen aber Unmengen an leeren Kartonagen, zum Leid der Postmitarbeiter, direkt am Postamt.

Eine nahegelegene Möglichkeit zur fach- und umweltgerechten Entsorgung von Kartonagen und Altpapier würde die Situation erheblich verbessern.

Im Grünstreifen zwischen Stadlauer Straße und Am Bahnhof ist, nach Errichtung einer Aufstellfläche, ausreichend Platz für Altpapiercontainer vorhanden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Ampelschaltung für Fußgänger:innen am Siegesplatz

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06.03.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden beauftragt die Ampelschaltung für die Fußgänger:innen-Ampeln am Siegesplatz bei der Autobusstation 26A gegenüber vom Bipa zu optimieren.

Begründung:

Die Fußgängerampel am Siegesplatz auf der Höhe der Busstation 26A und gegenüber von BIPA ist nicht fußgängerfreundlich eingestellt. Es ist der Wunsch der Anrainer:innen diese Ampelschaltung zu optimieren.

Wien, am 27.02.2024

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, geeignete Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich zur Attraktivierung der Geschäftsstraßen in der Donaustadt zu prüfen bzw. umzusetzen.

Begründung

Seit vielen Jahren gibt die Entwicklung der (ehemaligen?) Geschäftsstraßen in der Donaustadt berechtigten Grund zur Sorge. Traditionstreiche Handelsunternehmen wie auch Gastronomiebetriebe schließen. Der Leerstand nimmt stets zu und die wenigen Neuvermietungen stellen vielfach auch keine Attraktivierung dar. Die vielfach vorgesehenen Radwege und Baumpflanzungen (zu Lasten von bestehenden Parkflächen) sind dabei jedenfalls keine hinreichend geeigneten Maßnahmen um hier entgegenzuwirken. Im Gegenteil wird dadurch sogar die Problematik der betroffenen Unternehmen durch die fehlenden Parkplätze und auch akut durch die notwendigen Baumaßnahmen weiter verschärft.

Insoweit darf um Prüfung und in Folge Umsetzung eines geeigneten Maßnahmenpaketes zur Attraktivierung der Donaustädter Geschäftsstraßen (bspw. Maßnahmen zur Bekämpfung des Leerstandes, Ausnahmen zur

Kurzparkzone, etc.) seitens der zuständigen Stellen der Stadt Wien dringend ersucht werden.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, einen offenen Bücherschrank am Elinor-Ostrom-Park zu errichten.

Begründung

Das Konzept hinter dem offenen Bücherschrank ist sehr einfach: Personen können sich aus dem Schrank Bücher entnehmen, lesen, sogar kostenfrei mitnehmen und welche in den Schrank stellen.

Ziel dieses Antrages ist es, die Bildung und ein funktionierendes Beispiel von Warentausch, ein Ort für Kommunikation und Nachhaltigkeit zu schaffen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner der Donaustadt verbringen gerne viel Zeit im Elinor-Ostrom-Park. Der offene Bücherschrank erhöht die angenehme Atmosphäre für Kommunikation. Dies erhöht in Folge die Lesebereitschaft, Nachhaltigkeit und im Weiteren die Klimafreundlichkeit und Bildungschancen in der Donaustadt.

Das Foto unten wurde am 05.02.2024 aufgenommen.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Matthias Arth

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, bei der 26A Station Saltenstraße in beide Richtungen ein (neues) Wartehaus zu errichten.

Begründung

Die Station Saltenstraße ist seit der Fertigstellung der Wohneinheiten auf der Großenzersdorfer Straße und der Saltenstraße um ein Vielfaches mehr frequentiert. Zur besseren Nutzung für die Passagiere sollten hier moderne Wartehäuser errichtet werden, um vor Wind und Wetter zu schützen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle 25A Bettelheimstraße stadteinwärts zu errichten.

Begründung

Bei der Bushaltestelle 25A gibt es keine Sitzmöglichkeiten. Im Sommer ist es sehr heiß und die Fahrgäste, insbesondere Kinder und ältere Menschen, haben keine Möglichkeit sich hinzusetzen oder sich vor schlechtem Wetter zu schützen. Es wird ersucht, dort ein Wartehäuschen anzubringen.

Das Foto unten wurde am 05.02.2024 aufgenommen.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

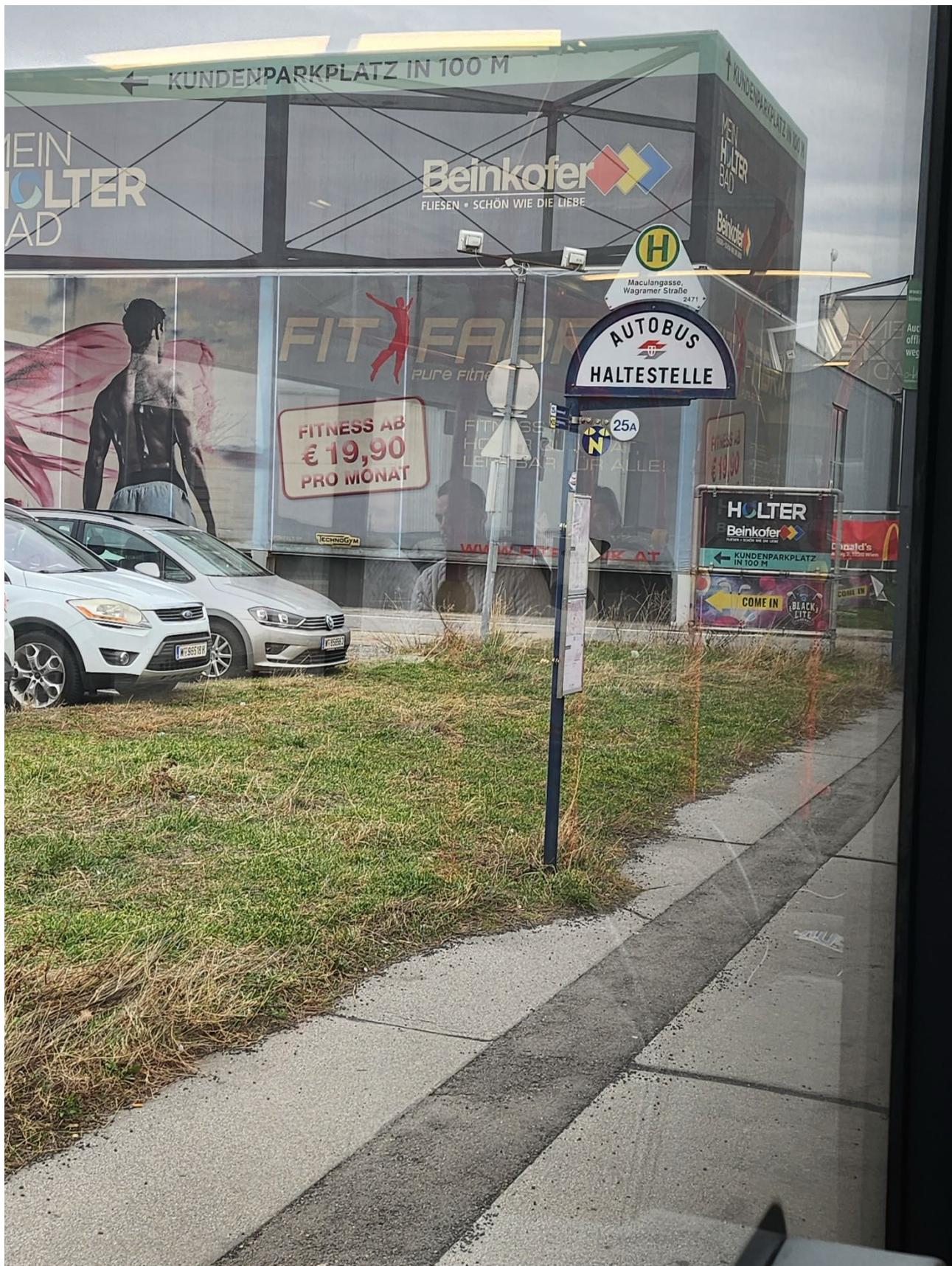
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle 25A Maculangasse, Wagramer Straße stadteinwärts zu errichten.

Begründung

Bei der Bushaltestelle 25A gibt es keine Sitzmöglichkeiten. Im Sommer ist es sehr heiß und die Fahrgäste, insbesondere Kinder und ältere Menschen, haben keine Möglichkeit sich hinzusetzen oder sich vor schlechtem Wetter zu schützen. Es wird ersucht, dort ein Wartehäuschen anzubringen.

Das Foto unten wurde am 05.02.2024 aufgenommen.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, ein Wartehäuschen stadtauswärts an der Bushaltestelle 25A Tillmannngasse stadtauswärts zu errichten.

Begründung

Bei der Bushaltestelle 25A gibt es keine Sitzmöglichkeiten. Im Sommer ist es sehr heiß und die Fahrgäste, insbesondere Kinder und ältere Menschen, haben keine Möglichkeit sich hinzusetzen oder sich vor schlechtem Wetter zu schützen. Es wird ersucht, dort ein Wartehäuschen anzubringen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle 25A Voitgasse stadtauswärts anzubringen.

Begründung

Bei der Bushaltestelle 25A gibt es keine Sitzmöglichkeiten. Im Sommer ist es sehr heiß und die Fahrgäste, insbesondere Kinder und ältere Menschen, haben keine Möglichkeit sich hinzusetzen oder sich vor schlechtem Wetter zu schützen. Es wird ersucht, dort ein Wartehäuschen anzubringen.

Bezirksvertretungssitzung 6.12.2023

Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt verlangen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, geeignete Maßnahmen zu setzen, dass die 30 km/h Beschränkung in der Attemsgasse auch eingehalten wird.

Begründung:

Viele Autofahrende in der Attemsgasse überschreiten die dort vorgeschriebene 30 km/h Beschränkung. Die Bewohner:innen der Attemsgasse sowie die Kinder der Volksschule dort leiden unter dem erhöhten Fahrzeuglärm sowie den vermehrten Abgasen. Auch ist die Sicherheit der Kinder und Bewohner:innen dort oft beeinträchtigt.

Geeignete Maßnahmen könnten zum Beispiel Bodenschwellen sein.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, im Zuge der Planung für die Neugestaltung des Schrödingerplatzes auch eine Verkehrsberuhigung der Bernoullistraße zwischen Meitnergasse und Magdeburgstraße zu berücksichtigen.

Begründung:

Die Neugestaltung des Schrödingerplatzes würde die Chance bieten, die beiden Schul- und auch die beiden Kindergartenvorplätze zu erweitern und die Bernoullistraße in diesem Bereich sogar zu einer Fußgeher:innenzone nach dem Vorbild der Franklinstraße in Floridsdorf umzugestalten, in der auch viele neue Grünflächen und Bäume Platz finden würden.

Zusätzlich wird die Aufenthaltsqualität und Sicherheit der Schüler:innen und Kindergartenkinder erhöht werden.

Auch die Attraktivität für die dort neu entstehenden Geschäftslokale würde massiv gesteigert werden, weil die Menschen so zum Flanieren in diesem Bereich eingeladen werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Ing. Manfred Zlamala
Bezirksrat

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht eine klare und deutlich sichtbare Information anzubringen, idealweise am Boden, damit keine unberechtigten Fahrzeuge in die Bus-Station bei der U1 Station Kaisermühlen einfahren.

Begründung:

Die Situation in der Stelle ist extrem gefährlich. Die Busse kreuzen beim Ein-und Ausfahren aus der Station den Hauptradweg und einen Schutzweg, beide sehr frequentiert. Das behindert die Busse, bei Konferenzen warten diese ewig bis eine ganze U-Bahn den Schutzweg überquert. Dazu kommt, dass viele Privat-PKWs unerlaubterweise in die Station einfahren und das Chaos noch vergrößern. Die Tafel, die darauf hinweist, dass dies nicht gestattet ist, ist schwer auszumachen: mitten in einem Schilderwald, sehr hoch und in einer Kurve.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, in der Bus-Haltestelle U1 Kaisermühlen eine digitale Fahrzeitenanzeige zu errichten.

Begründung:

Die Haltestelle des 92A, 92B und 20A in der Station U1 Kaisermühlen weist eine sehr hohe Frequenz auf. Trotzdem findet sich dort keine digitale Anzeige für die Fahrzeiten.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht die vier Telefonzellen unmittelbar vor dem östlichen Eingang der U1 Station Kagran zu entfernen.

Begründung:

Die Station U1 Kagran wird von sehr vielen Fahrgästen der Wiener Linien frequentiert. Der wenige Platz wird zusätzlich durch mittlerweile sehr unansehnliche und schmutzige Telefonzellen weiter verknapppt.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Ing. Manfred Zlamala
Bezirksrat

Bezirksvertretungssitzung 06.3.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, sowie die Eigentümervertreter der Wiener Linien werden ersucht, alle Züge der Linie U2 immer bis zur Seestadt zu führen.

Begründung:

- Wunsch der Bevölkerung der Seestadt.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die U2 bis zur Stadtgrenze geführt wird und dazu mit der Realisierung unverzüglich begonnen wird.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Nord-Ost-Umfahrung samt Donauquerung und Lobautunnel unverzüglich errichtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Der länderübergreifende Durchzugsverkehr darf nicht durch die Stadt geführt, sondern muss - insbesondere auch aus Umweltschutzgründen - um die Stadt herumgeführt werden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Resolutionsantrag betreffend Resolution Ausbau Radsharing System

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06.03.2024
gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Donaustadt spricht sich dafür aus, dass das Radsharing System in der Donaustadt erweitert wird.

Begründung:

Wien, am 27.02.2024

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgende

Resolution Masterplan Gehen

Die Bezirksvertretung bekennt sich zu den Zielsetzungen des Masterplan Gehens der Stadt Wien für die Donaustadt. Das Zu-Fuß-Gehen in der Donaustadt soll durch die Verbesserungen, die im Masterplan Gehen empfohlen werden, nachhaltig gefördert werden.

Begründung

Gehen ist eine gesunde, klimafreundliche und nachhaltige Mobilitätsform. Alle Wege beginnen und enden zu Fuß. „Insgesamt lassen sich vielfältige positive Effekte des Gehens auf die Gehenden selbst aber auch auf die unmittelbare Umgebung und das gesamte Stadtklima sowie die städtische Wirtschaft ausmachen“ ([Masterplan](#), S.1). Gleichzeitig sind Fußgänger:innen die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen und benötigen daher besondere Aufmerksamkeit.

Mit dem Masterplan Gehen liegt eine fachliche Grundlage für Verbesserungen für Fußgänger:innen vor. Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Masterplan Gehen Donaustadt und die damit verbundene Förderung des Fußverkehrs wirkt sich positiv auf die Ziele der Stadt Wien aus dem Klimafahrplan 2022 aus, wie z.B. die Senkung der Treibhausgasemissionen im Sektor Verkehr bis 2030 um 50% und bis 2040 um 100% (Basisjahr 2005) und die Senkung des Motorisierungsgrades auf 250 Pkw/1.000 Wiener:innen bis 2030.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.12.2023

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass das Radfahrerbot in der oberen Lobau von der Raffineriestraße bis zum Lokal Knusperhäuschen aufgehoben wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Aufgrund des Radfahrverbotes können Gäste das Knusperhäuschens nicht mehr mit dem Rad besuchen. Zu Fuß ist die Strecke von jeder Seite ziemlich lang und die meisten Leute überlegen sich dann den Besuch bei dem Lokal. Die Besitzer können aber nur weitermachen, wenn auch Gäste kommen.

Melitta BOIGNER
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2023

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, für die Radfahrenden in der Donaucity einen lückenlosen Anschluss an den Radhighway Donaustadt direkt über den Platz der vereinten Nationen in Kaisermühlen umzusetzen.

Begründung:

Der Radweg führt derzeit über eine Rampe vor der Bus Ein- und Ausfahrt mit schlechter Einsichtigkeit und mit einer Vorrang gebenden Tafel. Die Busfahrer:innen sehen die Radfahrenden sehr spät. Die Radfahrenden und Zufußgehenden teilen sich die Rampe. Insbesonders während der häufig stattfindenden Kongresse kommt es immer wieder zu gefährlichen Konfliktsituationen zwischen den Verkehrsteilnehmenden. Durch eine Entflechtung von Radverkehr, Zufußgehenden und Öffi Ein- und Ausfahrt wird die Situation deutlich entschärft.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den Radhighway der Wagramer Straße unterbrechungsfrei und ohne Umwege durch die Donaucity entlang der U Bahn Station Kaisermühlen umzusetzen.

Begründung:

- Derzeit ist es nicht möglich den Radhighway durch die Donaustadt unterbrechungsfrei und ohne Umwege zu befahren. Es ist daher dringend notwendig den Radhighway auf der Wagramer Straße auf Höhe U-Bahn - Station Kaisermühlen in direkter Spurführung in Richtung 02. Bezirk weiterzuführen. In der Donaucity kommt es aufgrund schlecht einsehbarer Teile des Radweges und Mischverkehr von Fußgängern und Radfahrern immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Verkehrsteilnehmern und mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Taxis und Lieferverkehr, insbesonders während Kongressveranstaltungen im ACV.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der üblicherweise für die Ausleuchtung des Gehsteiges dienende Teil der Straßenleuchte in der Attemsgasse Nr.50 mit einem anderen Reflektor oder einer zusätzlichen Blende versehen wird, um eine Einstrahlung in die Wohnungsfenster im Erdgeschoß Attemsgasse Nr.50 zu verhindern.

Begründung

Beschwerde der Bewohner des Hauses Nr. 50 in der Attemsgasse. Nach Fertigstellung der Gehsteig- und Straßenbeleuchtung in der Attemsgasse sowie der Ausgestaltung des Gehsteiges ergeben sich für die Bewohner der Adresse Attemsgasse Nr. 50 erhebliche nachteilige Gegebenheiten. Der in der Abbildung 1 rot umrandete Teil der Straßenleuchte ist üblicherweise zur Ausleuchtung von Gehsteigen konstruiert. Die Leuchte in Abbildung 1 rot umrandet sollte richtigerweise um 180° gedreht montiert werden da der in der Lampe befindliche Reflektor einen asymmetrischen Lichtkegel erzeugt, also üblicherweise die Lampe von der Hauswand weg leuchtet. Konstruktiv richtig montiert sind diese Leuchten in Abbildung 1 grün umrandet zu erkennen. Bei der betreffenden Leuchte ergibt sich ein Lichtkegel der zu stark in die Räumlichkeiten der Bewohner Attemsgasse 50 Erdgeschoss einstrahlt.

Lichttechnisch sind LED-Lampen sehr energieeffizient, haben aber für das menschliche Auge den Nachteil einer wesentlich höheren Emission im Bereich von 450 nm, also im Blaulichtbereich (Abbildung 2). Die Faserstruktur der Augenlinse des menschlichen Auges unterliegt einem Alterungsprozess der ab etwa dem 40 Lebensjahr zur beginnenden Trübung der Augenlinse führt und bei den meisten Menschen in späteren Lebensjahren zum so genannten „Grauen Star“ führt. Die beginnende Linsentrübung beeinträchtigt die Sehschärfe vorweg nicht. Blaulicht und Blaulichtanteile werden aber von den Trübungsteilchen der Augenlinse gestreut und führen zu unangenehmen Blendungsercheinungen der betroffenen Menschen.

Die Bewohner Attemsgasse 50 im Erdgeschoss und ersten Stock befinden sich bereits im Alter über 70 Jahren und sind von der Blendung der neuen LED-Straßenleuchte besonders stark betroffen.

Wolfgang Dusek, PhD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Anlage zu Antrag

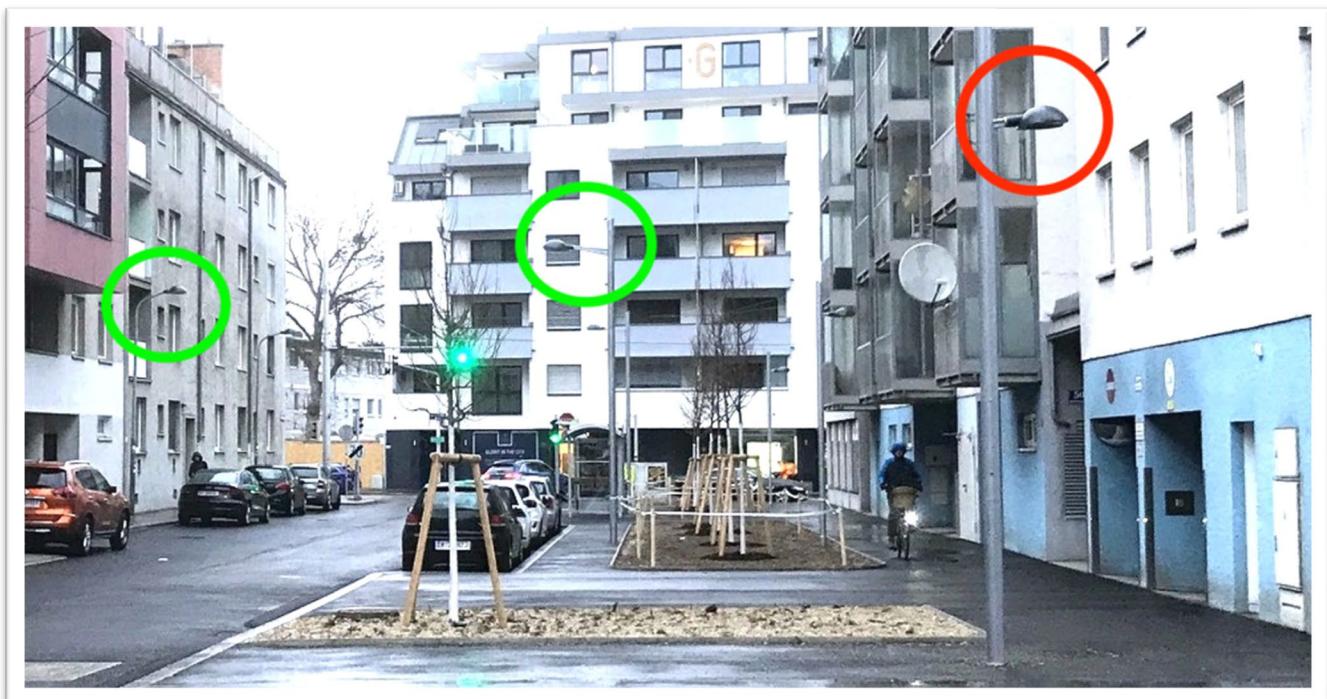


Abbildung 1.

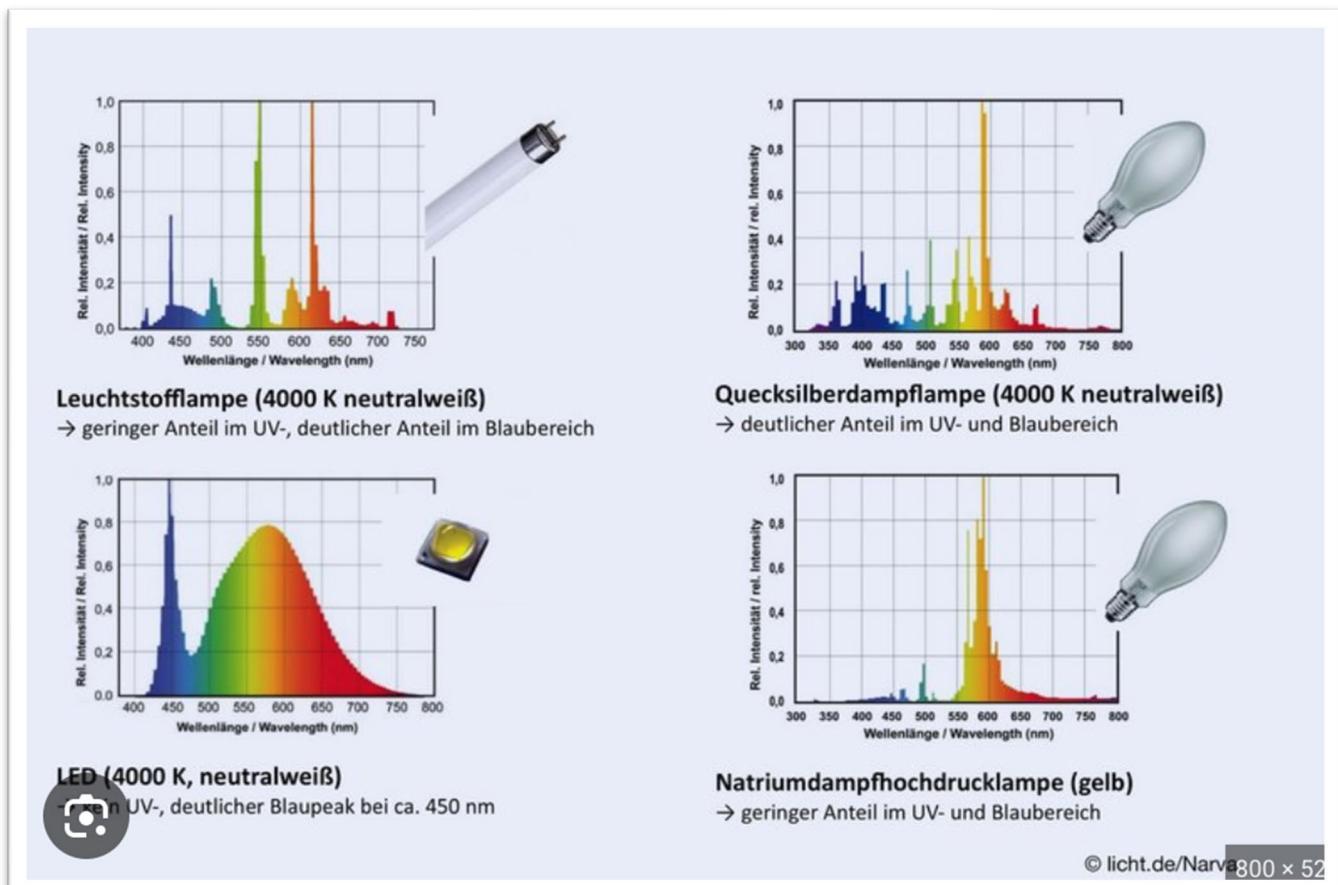


Abbildung 2.

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der üblicherweise für die Ausleuchtung der Fahrbahn dienende Teil der Straßenleuchte in der Attemsgasse 50 entfernt wird oder zumindest die Leuchtstärke erheblich reduziert wird.

Begründung

Beschwerde der Bewohner des Hauses Nr. 50 in der Attemsgasse. Nach Fertigstellung der Gehsteig- und Straßenbeleuchtung in der Attemsgasse sowie der Ausgestaltung des Gehsteiges ergeben sich für die Bewohner der Adresse Attemsgasse Nr. 50 erhebliche nachteilige Gegebenheiten. Der in der Abbildung rotumrandete Teil der Straßenleuchte beleuchtet in erster Linie den neu gepflanzten Baum und blendet die Bewohner in ihren Wohnräumen erheblich. Zusätzlich ist am gleichen Mast eine für die Gehsteigausleuchtung vorgesehene Leuchte montiert (Abbildung 1). Daraus ergibt sich eine für den Zweck der Gehsteigbeleuchtung viel zu hohe Lichtstärke.

Lichttechnisch sind LED-Lampen sehr energieeffizient, haben aber für das menschliche Auge den Nachteil einer wesentlich höheren Emission im Bereich von 450 nm, also im Blaulichtbereich (Abbildung 2). Die Faserstruktur der Augenlinse des menschlichen Auges unterliegt einem Alterungsprozess der ab etwa dem 40 Lebensjahr zur beginnenden Trübung der Augenlinse führt und bei den meisten Menschen in späteren Lebensjahren zum so genannten „Grauen Star“ führt. Die beginnende Linsentrübung beeinträchtigt die Sehschärfe vorweg nicht. Blaulicht und Blaulichtanteile werden aber von den Trübungsteilchen der Augenlinse gestreut und führen zu unangenehmen Blendungsercheinungen der betroffenen Menschen.

Die Bewohner Attemsgasse 50 im Erdgeschoss und ersten Stock befinden sich bereits im Alter über 70 Jahren und sind von der Blendung der neuen LED-Straßenleuchte besonders stark betroffen.

Wolfgang Dusek, PhD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Anlage zum Antrag:



Abbildung 1.

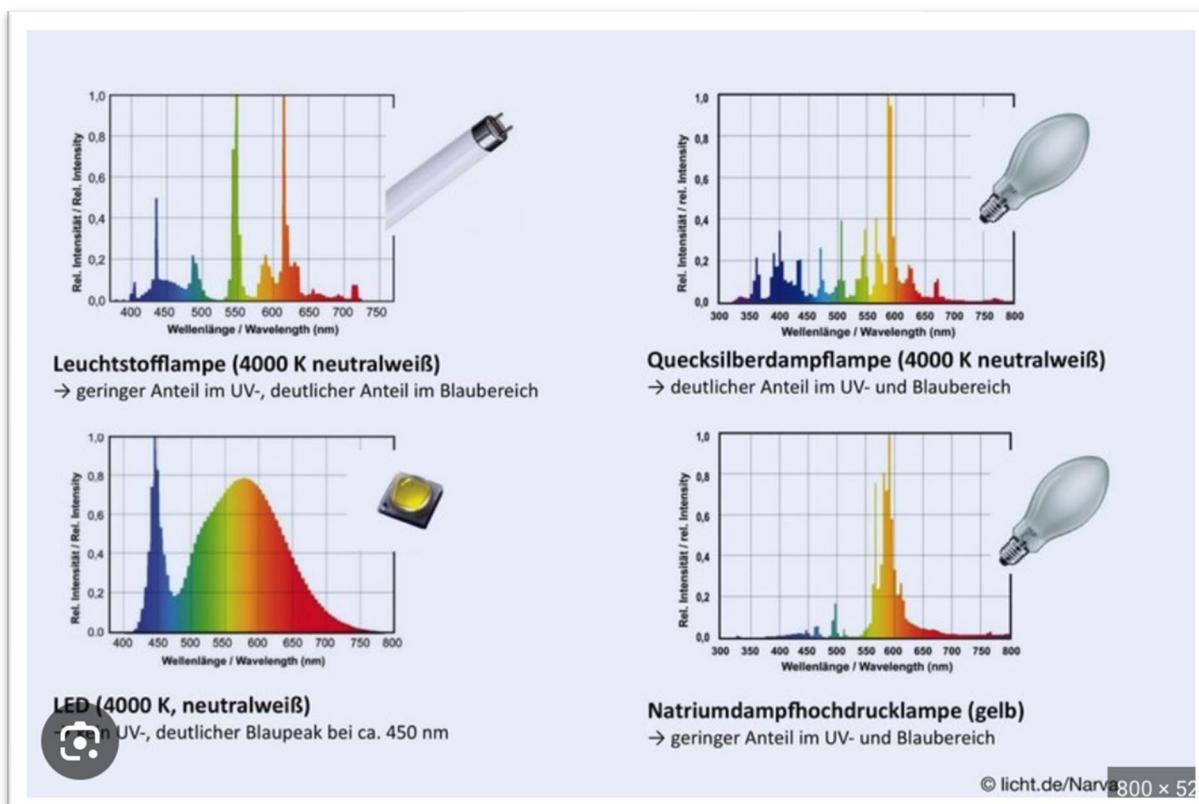


Abbildung 2.

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass im Grünbereich in der Donaustadtstraße zwischen Erzherzog-Karl-Straße und Wagramer Straße Bäume und Sträucher gepflanzt werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung!

Dieser Freibereich zwischen den beiden Verkehrsstraßen der Donaustadtstraße bietet sich für Baum- und Strauchpflanzungen an. Es kann z.B. schnell wachsendes Nutzholz und Sträucher für Insekten, Bienen etc. gepflanzt werden.

Und nicht zuletzt leistet man einen positiven Beitrag zum Klimaschutz!

Melitta BOIGNER
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass am Weissauweg im Zeitraum der Trainingszeiten der Nachwuchsmannschaften des SV Donau Wien (von etwa 18:00-20:00 Uhr) vermehrte Kontrollen bezüglich Halten und Parken lt. (StVO), Fahrverbote (StVO), unnötiges Laufenlassen eines Verbrennungsmotors (§102/4 KFG) durchgeführt werden.

Begründung

Wunsch der Anrainer. Seit Jahren gibt es Beschwerden darüber, dass Nachwuchsspielerinnen und Nachwuchsspieler des SV Donau Wien mit dem Auto vom Training abgeholt werden. Wegen dieser Beschwerden wurde auf Initiative des Bezirksvorstehers Ernst Nevrivy ein Fahrverbot ausgenommen Fahrräder initiiert sowie ein Schranken etwa 30 Meter hinter den beidseitig aufgestellten Verkehrsschildern Fahrverbot ausgenommen Fahrräder montiert (siehe Abbildungen).

Leider hat das Fahrverbot zu keiner Verbesserung der Lärmentwicklung geführt, da trotz vorhandenem Fahrverbot und vorhandener Schrankenanlage zahlreich Fahrzeuge in den Weissauweg einfahren, teilweise bis zum Fußballplatz durchfahren, um die Kinder vom Training abzuholen. Während des Wartens auf die Kinder lassen, speziell in der kalten Jahreszeit, zahlreiche Eltern den Motor laufen, bis die Kinder eingetroffen sind. In den wärmeren Monaten wiederum lassen einige Abholer die Musik im Auto aufgedreht und verursachen somit unnötigen Lärm.

Leider führten Gesprächsversuche zwischen einzelnen Anrainern und Lenkerinnen oder Lenkern der unerlaubt in den Weissauweg eingefahrenen und geparkten KFZ zu keinem Erfolg. Das Fahrverbot wird schlicht ignoriert.



Wolfgang DUSEK, PhD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 06.03.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien prüfen, dass am Parkplatz in der Schödlbergergasse in der Nähe des SV Donau Wien im Zeitraum der Trainingszeiten der Nachwuchsmannschaften des SV Donau Wien (von etwa 18:00-20:00 Uhr) eine Möglichkeit geschaffen wird, dass Personen mit Ihrem KFZ die Kinder vom Training abholen können.

Begründung

Leider führte das Fahrverbot am Weissauweg zu keiner Verbesserung der Lärmentwicklung, da trotz vorhandenem Fahrverbot und vorhandener Schrankenanlage (siehe Abbildungen) zahlreich Fahrzeuge in den Weissauweg einfahren, teilweise bis zum Fußballplatz durchfahren, um die Kinder vom Training abzuholen. Während des Wartens auf die Kinder lassen, speziell in der kalten Jahreszeit, zahlreiche Eltern den Motor laufen, bis die Kinder eingetroffen sind. In den wärmeren Monaten wiederum lassen einige Abholer die Musik im Auto aufgedreht und verursachen auch somit unnötigen Lärm.

Leider führten Gesprächsversuche zwischen einzelnen Anrainern und Lenker der unerlaubt in den Weissauweg eingefahrenen und geparkten KFZ zu keinem Erfolg. Das Fahrverbot wird schlicht ignoriert. Ein oft gehörtes Argument ist, dass es in diesem Zeitraum keine entsprechende Parkmöglichkeit gibt, um die Kinder vom Training abholen zu können.



Wolfgang DUSEK, PhD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend E-Ladestation Asperner Heldenplatz

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06.03.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienstellen der Stadt Wien werden ersucht, eine E-Ladestation auf dem Asperner Heldenplatz zwischen Spielplatz und der Pfarre zu errichten.

Begründung:

Die nahegelegenen E-Ladestationen sind immer wieder ausgelastet. Immer wieder kommt es zu Situationen, dass vorhandene Ladestellen bereits besetzt sind. Daher wünschen Anrainer:innen noch eine zusätzliche Ladestelle auf dem Asperner Heldenplatz. Örtlich würde sich die Straße zwischen Pfarre und dem Spielplatz eignen. Bitte um Zuweisung zur Verkehrskommission.

Wien, am 27.02.2024

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Radfahrerüberfahrt_ An den alten Schanzen/Aurikelweg

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06.03.2024
gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienstellen der Stadt Wien werden ersucht eine Radfahrerüberfahrt an der Kreuzung An den alten Schanzen#Aurikelweg zu errichten.

Begründung:

Wunsch der Anrainer:innen. Beim Radweg An der alten Schanzen ist ausgerechnet beim Aurikelweg kein Radfahrerüberfahrt.

Wien, am 27.02.2024

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, auf alle Straßenschilder in der Seestadt mit QR-Codes als wichtige Informationsquelle für die Bevölkerung hinzuzufügen.

Begründung

Die Seestadt ist ein beliebiges Spazier- und Erholungsgebiet in der Donaustadt und bietet viele Erholungsmöglichkeiten für jedes Alter.

Viele Verkehrsflächen in der Seestadt sind nach großen Persönlichkeiten, vor allem wichtigen Frauen, benannt, wie zum Beispiel der Simone-de-Beauvoir-Platz, Am-Ostrom-Park oder Eva-Maria-Mazzucco-Platz.

QR-Codes können leicht von Smartphones gescannt werden, die in jeder Tasche liegen. Da die Fußgängerzone und Parks in der Seestadt sehr beliebt sind, ist es erforderlich, auf die Straßenschilder QR-Codes hinzuzufügen, damit Menschen sich über die großen Persönlichkeiten, dessen Namen auf den Schildern stehen, mittels eines QR-Codes informieren können.

**Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt
am 12. Juni 2024**

Die Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ, Neos, Team HC Strache, Bierpartei und BRIn Heiml stellen folgenden

A N T R A G

**Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in der
Donaustadt 2025-2030**

Die Bezirksvertretung Donaustadt ersucht den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in der Donaustadt im Rahmen des Projekts „Lokale Agenda 21 in den Wiener Gemeindebezirken 2025-2030“ finanziell zu unterstützen.

Der Bezirk erklärt sich bereit, im Projektzeitraum 2025-2030 für die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen 81.000 Euro jährlich aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Bezirksbezogene Lokale Agenda 21-Prozesse stellen ein bewährtes Instrument dar, um Bürger*innen auf lokaler Ebene in ihrem Engagement zu unterstützen. Im Rahmen eines bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozesses werden Bürger*innen informiert, aktiviert und auf Augenhöhe in den Dialog zwischen Bezirkspolitik und Stadtverwaltung eingebunden. Dies fördert nicht nur die Transparenz und demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, maßgeschneiderte und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen und Perspektiven der Bürger*innen entsprechen.

Durch diesen partizipativen Ansatz wird die Legitimität von Entscheidungen gestärkt und das Risiko von Konflikten verringert, da die betroffenen Personen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt sind. Dies fördert ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträger*innen sowie der Verwaltung, was langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene und einer gestärkten demokratischen Kultur in Wien beiträgt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 12.6.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 12796 nach Jan Palach zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Geboren am 11. August 1948, stammte Jan Palach aus einer kleinbürgerlichen Familie, die durch den oktroyierten Sozialismus alles außer dem nackten Leben verloren hatte. Der tschechoslowakische Student protestierte gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings, gegen den Warschauer-Pakt und gegen das Diktat der Sowjetunion selbst. An der Karlsuniversität kam Palach mit dem studentischen Protest in Berührung. Dieser äußerste sich im Herbst 1968 in Streiks, Briefe und der Besetzung des tschechoslowakischen Staatssenders. Fünf Monate nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, setzte der Widerstandskämpfer sein endgültiges Zeichen und ging am 16. Jänner 1969 auf den Wenzelsplatz vor das Prager Nationalmuseum, übergoss sich mit einem mitgebrachten Eimer mit Benzin und entzündete wenige Sekunden später ein Streichholz.

Mit seiner radikalen Tat des öffentlichen Selbstmordes beharrte er bis zu seinen letzten Lebenssekunden auf die Forderungen aus seinen Briefen. Mit der Tat habe er Menschen aufwecken wollen. Am selben Tag versammelten sich rund 200.000 Menschen auf dem Wenzelsplatz, um Palach zu gedenken. Palach wurde zum Symbol des Widerstandes gegen die sowjetisch-sozialistische Herrschaft.

Heute ist am Prager Wenzelsplatz sein Denkmal aufzufinden, Außerdem wurde ihm das Jan-Palach-Denkmal am Prager Jan-Palach-Platz mit dem Datum der Selbstverbrennung gewidmet. Wien hat, wie kaum eine andere europäische Stadt, den Prager Frühling und dessen jähes Ende durch den Einmarsch sowjetischer Truppen miterlebt. Bislang erinnert keine Wiener Verkehrsfläche an den Tod des Studenten, Widerstandskämpfers und Antikommunisten Jan Palach.

Sitzung der Bezirksvertretung am 12.6.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 06775 nach Alexander Dubček zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Alexander Dubček (geboren am 27. November 1921 in Uhrovec, Tschechoslowakei; gestorben am 7. November 1992 in Prag) war ein tschechoslowakischer und slowakischer Politiker.

Dubček lebte mit seinen Eltern von 1925 bis 1933 in der Stadt Bischkek (ab 1926 Frunse) im sowjetischen Kirgisien als Teil der Interhelpo, von 1933 bis 1938 in Zentralrussland. In dieser Zeit erlernte er den Beruf des Maschinenschlossers. 1939 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) und 1944 nahm er am Slowakischen Nationalaufstand teil.

Ab 1949 bekleidete er verschiedene Parteiämter: 1949 wurde er Parteifunktionär, 1953 Parteisekretär in Banská Bystrica. 1955 ging Dubček zum Studium an die Moskauer Parteischule der KPdSU, 1958 kam er wieder zurück in die Tschechoslowakei. In Bratislava wurde er Parteisekretär und wurde auch in das Zentralkomitee der KSS gewählt. 1958 lehnte Dubček die Verfassungsreform unter Antonín Novotny, den damaligen Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KSČ, ab, konnte sich in dieser Frage aber nicht durchsetzen.

1959 wurde Dubček zum Sekretär für Industriefragen ins ZK der KSČ berufen, wo er für das Hüttenwesen, die Werkzeug- und Maschinenindustrie, die chemische Industrie sowie die Bauindustrie zuständig war.

Als in der UdSSR die Rehabilitierung von Parteigenossen vollzogen wurde, stellte Dubček die Frage der Rehabilitierung von slowakischen Widerstandskämpfern, die 1951–1953 hingerichtet worden waren, zur Diskussion. Es kam zu innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Dubček und Novotný. In der Folge unterlag Dubček, der zum Sekretär eines slowakischen Kraj degradiert wurde. Auf dem 12. Parteitag der KSČ im Dezember 1962 kehrte er jedoch ins ZK zurück und konnte

bewirken, dass sich eine Kommission mit der einstigen Säuberung und Rehabilitierung beschäftigte. 1963 war der Bericht der Kommission fertig und Dubček forderte die Rehabilitierung mehrerer Persönlichkeiten. Es gelang ihm, Erster Sekretär des ZK der KSS zu werden; dadurch wurde er gleichzeitig Mitglied des Präsidiums des ZK der KSČ. Im Gegensatz zum tschechischen Teil der ČSSR vollzog sich unter Dubček in der Slowakei eine leichte Öffnung zur Meinungsfreiheit. Innerhalb der Partei begann eine Konfrontation zwischen Dubček und Novotný. Dubček forderte bei einer zweitägigen Plenartagung des ZK die Selbstkritik in der Partei. Man solle nicht nur Kritik an den Bezirks- und Regionalebenen vornehmen, sondern ganz oben beginnen.

Am 5. Januar 1968 löste Dubček Novotný als Ersten Sekretär der KSČ ab. Sein Einsatz für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ machte Dubček zum Repräsentanten eines reformkommunistischen Kurses in der Tschechoslowakei, der als „Prager Frühling“ bezeichnet wurde. Nach der Zerschlagung der Reformbewegung musste Dubček am 17. April 1969 als Parteichef der KSČ zurücktreten und übernahm bis September 1969 den Vorsitz in der Nationalversammlung, dem Parlament der ČSSR. Darauf war er für kurze Zeit Botschafter in der Türkei. Im Juni 1970 wurde er aus der Partei ausgeschlossen und musste fortan seinen Lebensunterhalt als Beschaffungsinspektor der Forstverwaltung von Bratislava verdienen.

Am 13. November 1988 erhielt Dubček im Rahmen ihrer 900-Jahres-Feier die Ehrendoktorwürde für politische Wissenschaften der Universität Bologna. Sie wurde ihm verliehen, weil er sich über viele Jahre hinweg für die Menschenrechte in Ländern eingesetzt habe, in denen „schwere Verletzungen der demokratischen Prinzipien üblich“ seien. In seiner Dankesrede ging Dubček auch auf die Ereignisse von 1968 ein: Die Prager Reformbewegung wäre ohne das gewaltsame Eingreifen der Sowjetunion sicherlich erfolgreich gewesen, ihre Ziele ähnelten denen der Reformpolitik Michail Gorbatschows. Noch immer jedoch würden Menschen, die so dachten wie er, in der ČSSR verfolgt. Es war Dubčeks erster öffentlicher Auftritt in einem westlichen Staat.

Im Zuge der Reformpolitik ab 1989 wurde Dubček rehabilitiert und am 28. Dezember 1989 zum Parlamentspräsidenten des nunmehr demokratisch gewählten tschechoslowakischen Parlaments gewählt. Dieses Amt hatte er bis Juni 1992 inne.

1989 erhielt Alexander Dubček den Sacharow-Preis für geistige Freiheit (EU-Menschenrechtspreis) und 1991 das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.

Alexander Dubček starb an den Folgen eines Autounfalls, der sich am 1. September 1992 nahe Humpolec in Tschechien ereignete. Er wurde in einem Ehrengrab auf dem Friedhof Slávicie údolie in der slowakischen Hauptstadt Bratislava beigesetzt.

Aufgrund seines überzeugenden persönlichen Einsatzes für die Menschenrechte und für mehr Demokratie in seinem Land erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche nach Alexander Dubček im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert unverzüglich zu prüfen, ob anstatt der Verbauung des Sportplatzes der MS Kagran, Afritschgasse 56 mit Containern, andere Flächen oder leerstehende (Schul-)Gebäude für Containerklassen herangezogen werden können.

Begründung

Es liegt in der Verantwortung des Bezirks dafür Sorge zu tragen, dass keine Sport- und Bewegungsplätze für Kinder- und Jugendliche vernichtet werden. Die Donaustadt verfügt über zahlreiche, derzeit ungenutzte Flächen im Eigentum der Stadt Wien, die für Wohnbau reserviert sind. Es wäre im Sinne der Fairness und Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler dringend geboten, andere geeignete Standorte und leerstehende (Schul-)Gebäude zu prüfen und zu adaptieren, anstatt der MS Kagran und damit den Schülerinnen und Schülern die Hälfte ihres Sportplatzes wegzunehmen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Auhirschenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen massive Beschwerden der Anrainer des Auhirschenwegs vor. Für mehr als 50 Haushalte wurden bloß 17 Stellplätze eingezeichnet, für die ON 26 bis 33 kein einziger. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Sportmittelschule Donaustadt (Am Kaisermühlendamm 2, 1220 Wien) zu prüfen und umzusetzen.

Begründung

Die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Schuldach bietet zahlreiche Vorteile für die Stadt und die Schule:

1. Nachhaltige Energieerzeugung: Eine Photovoltaik-Anlage ermöglicht die Erzeugung von sauberer, erneuerbarer Energie und reduziert den CO₂-Ausstoß.
2. Kosteneinsparungen: Die Schule kann durch die Nutzung von Solarenergie ihre Energiekosten senken und langfristig finanzielle Ressourcen sparen.
3. Bildungsmehrwert: Eine Photovoltaik-Anlage kann als anschauliches Lehrmittel dienen und den Schülerinnen und Schülern das Thema erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien näherbringen.
4. Vorbildfunktion: Die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden demonstriert das Engagement der Stadt Wien für den Klimaschutz. Über die Kinder erreicht das Photovoltaik-Thema in optimaler Weise auch private Haushalte und ihr weiteres Umfeld.

5. Unabhängigkeit: Die Schule wird durch die Eigenproduktion von Strom unabhängiger von externen Energieversorgern.
6. Umweltbewusstsein: Die Maßnahme fördert das Umweltbewusstsein der Schulgemeinschaft und unterstützt die Erreichung städtischer Klimaziele.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Verkehrssituation im Wohngebiet Löschniggasse-Mühlhausergasse-Pilotengasse dahingehend zu prüfen, ob und wie eine Verkehrsberuhigung erreicht werden kann.

Begründung

Es liegen zahlreiche Bürgerbeschwerden aus dem Wohngebiet um die Pilotengasse vor, mit der Bitte die „Schleichwege“ zur Aspernstraße und Erzherzog-Karl-Straße abzustellen. Die Routen führen mitten durchs Wohngebiet, die Tempo 30-Beschränkung wird regelmäßig missachtet. Die Bewohner leiden unter dem zunehmenden Lärm und den Abgasen.

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, zu prüfen ob die Fahrbahnbreiten in der Saikogasse bei den Fahrbahnteilern adäquat sind.

Begründung

In der Saikogasse wurden Fahrbahnteiler errichtet. Dadurch verringerte sich die Breite der Fahrspuren. Insbesondere für den durchfahrenden bzw. anliefernden Schwerverkehr dürfte diese regelmäßig nicht hinreichend sein und kommt es zu hörbaren Berührungen mit den Fahrbahnteilern bzw. besteht die Sorge vor Parkschäden.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

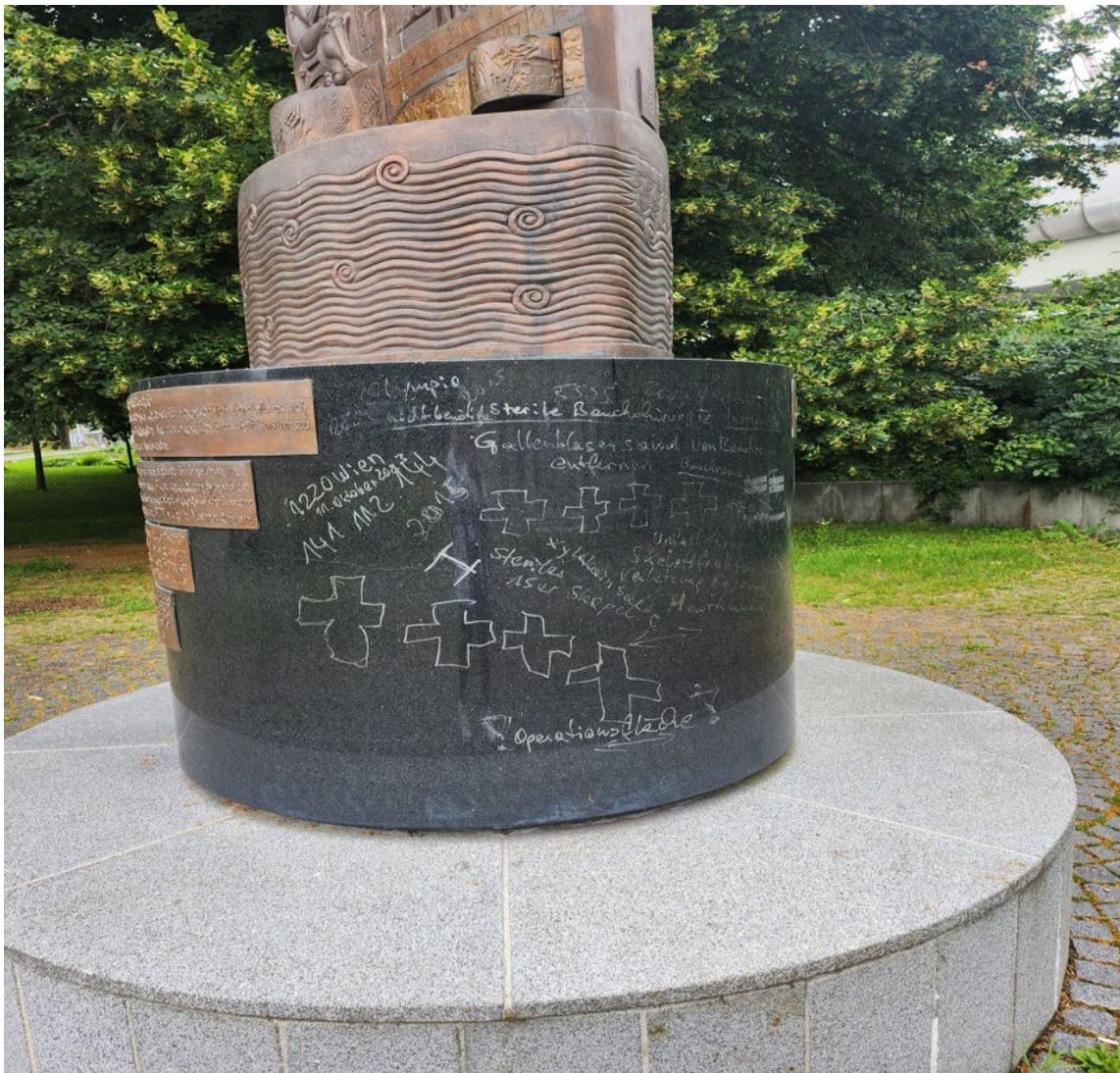
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Tafel und die Skulptur „Entwicklung der Menschheitsgeschichte“ an der Wagramer Straße von Schmierereien zu reinigen.

Begründung

Kunst im öffentlichen Raum ist in Wien seit Jahren ein wesentliches Mittel der ästhetischen Kommunikation. Viele Donaustädterinnen und Donaustädter sowie zahlreiche Gäste von außerhalb erfreuen sich an den Kunstobjekten, die an zahlreichen Orten in der Donaustadt aufgestellt sind und das Stadtbild prägen. Leider gibt es immer wieder Fälle von Vandalismus, darunter die beschmierte Tafel und Skulptur „Entwicklung der Menschheitsgeschichte“, die den Platz unattraktiv machen.

Die Fotos wurden am 02.06.2024 aufgenommen.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Thomas Huger

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Sicherheit der Schulkinder vor dem Fußgeherübergang Kreisverkehr Simonsgasse /Gartenheimstraße beim Einbiegen in die Gartenheimstraße stadtauswärts bezüglich des zu Wahlzeiten dort aufgestellten Plakat-Dreieckständen zu überprüfen.

Begründung

Die Sicht auf diesen Fußgeherübergang ist durch eine Hecke stark eingeschränkt. Am Ende der Hecke, wo man als Kraftfahrzeuglenker die einzige Möglichkeit bekommt, kleine Kinder vor dem Betreten der Fahrbahn zu sehen, ist zu Wahlzeiten gut sichtbar, ein Plakat-Dreieckständen aufgestellt. Die Sicht auf die Fahrbahn überquerende Personen, besonders auf Kleinkinder, ist jedoch verstellt.

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob die Verkehrslichtsignalanlagen an der Kreuzung Sonnenallee # Maria-Tusch-Straße am Abend bzw. in der Nacht auf gelbes Blinken umgestellt werden kann.

Begründung

Am Abend und in der Nacht ist wenig Fahrzeugverkehr und Fußgänger:innen haben in dieser Zeit bei gelb blinkenden Verkehrslichtsignalanlagen die Möglichkeit zügig legal die Straßen zu überqueren.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Peter Wiecenec
Bezirksrat

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 12.06.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um der Benachteiligung von Fußgängern gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern entgegenzuwirken.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Obwohl das zu-Fuß-gehen die nachhaltigste Fortbewegungsmethode ist, werden die Interessen der schwächsten Verkehrsteilnehmer (Fußgänger) bei der Verkehrsplanung zu wenig berücksichtigt.

MMag. Silke PREIDT
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Wasserspender Langobadenstraße

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht den Hydranten auf der Straßeninsel vor LANGOBARDENSTRASSE 176/STIEGE 2 zu einem Hydranten mit Wasserspender umzubauen.

Begründung:

Viele Bewohner:innen auf der Langobardenstraße begrünen Baumscheiben auf dieser Straße. Um ihnen das Bewässern zu erleichtern wäre es vorteilhaft diese mit einer Wasserpumpe zur Wasserentnahme zu versehen.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER
Klubobmann
NEOS Donaustadt

BRin Jing HU
Klubobmann-Stv.
NEOS Donaustadt
Antragstellerin

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung setzt sich dafür ein, dass durch die zuständigen Stellen der Stadt Wien rasch alle gesetzlich zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen werden, damit ausreichend PKW-Stellplätze, insbesondere in den Gartensiedlungsgebieten der Donaustadt geschaffen werden.

Begründung

Es liegen massive Beschwerden der Anrainer, insbesondere aus jenen Siedlungsgebieten mit besonders vielen, sehr schmalen Gassen vor. Zuerst wurde nach Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung, hunderte Menschen mit Strafen belegt, die jahrzehntelang vor ihren Grundstücken parken konnten. Nun werden diese wieder gestraft, weil deutlich weniger Stellflächen geschaffen werden, als tatsächlich benötigt werden.

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 12.06.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Nord-Ost-Umfahrung samt Donauquerung und Lobautunnel unverzüglich errichtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Der länderübergreifende Durchzugsverkehr darf nicht durch die Stadt geführt, sondern muss - insbesondere auch aus Umweltschutzgründen - um die Stadt herumgeführt werden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 12.06.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die U2 bis zur Stadtgrenze geführt wird und dazu mit der Realisierung unverzüglich begonnen wird.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Resolution betreffend Verlängerung Straßenbahn 25

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Donaustadt spricht sich dafür aus, dass mit den Arbeiten zur Verlängerung der Straßenbahnlne 25 rasch begonnen wird und im Zuge der Verlängerung der Bereich um den Siegesplatz und Aperner Heldenplatz neugestaltet wird.

Begründung:

Eine rasche Umsetzung der Verlängerung ermöglicht einen schnellen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER
Klubobmann
NEOS Donaustadt

BRin Jing HU
Klubobmann-Stv.
NEOS Donaustadt
Antragstellerin

Bezirksvertretungssitzung 20.09.2023

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, alle in der Seestadt zur Begrünung gewidmeten Flächen auch tatsächlich zu begrünen.

Begründung

In der Seestadt sind sehr viele hochverdichtete Schotterflächen vorhanden, die zwar als Grünraum zählen, aber in der Realität keine Pflanzen auf ihrer Oberfläche ermöglichen. Sie heizen sich im Sommer stark auf, erhöhen die Feinstaubbelastung und lassen nur eine minimale Menge Regenwasser versickern, was auch das Wachstum der Bäume in diesen Flächen beeinträchtigt.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die noch immer im Bereich des Hannah-Arendt-Platzes bestehenden Staubflächen (wassergebundenen Decken) zu begrünen.

Begründung

Der Hannah-Arendt-Platz befindet sich im Herzen des Pionierquartiers der Seestadt. Die dort gepflanzten Jungbäume spenden noch kaum Schatten und die ausgedehnten Staubflächen sorgen dafür, dass der Platz vor allem in der warmen Jahreszeit menschenleer bleibt. Durch das fehlende Grün, hat sich der ganze Bereich zu einer unerträglichen Hitzeinsel entwickelt.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 06.03.2024 folgenden

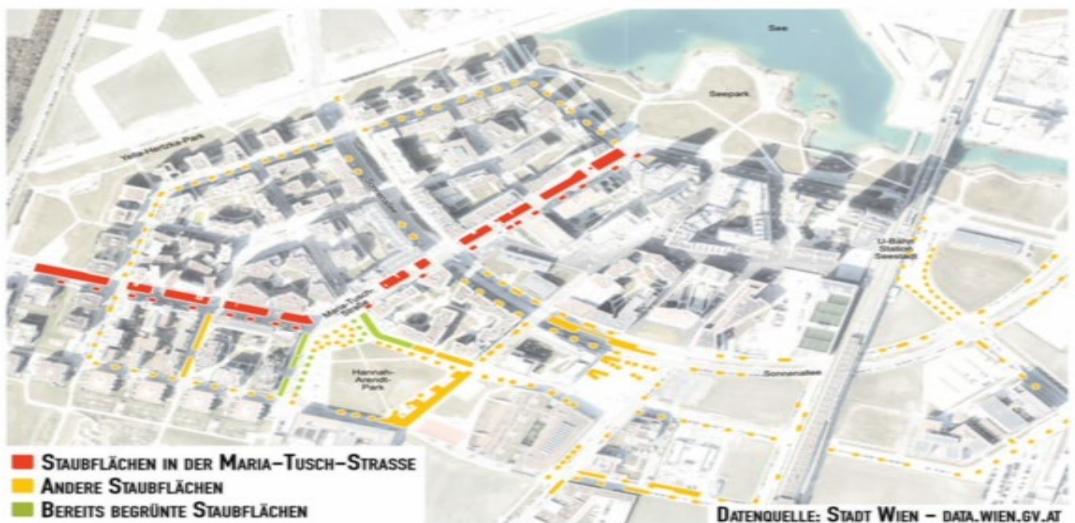
Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die entlang der Maria-Tusch-Straße bestehenden Staubflächen (wassergebundenen Decken) zu begrünen.

Begründung

Die Maria-Tusch-Straße ist eine zentrale Zone im Pionierquartier der Seestadt, geplant als Kultur- und Shoppingzentrum der Seestadt. Pflanzenbeete existieren nur punktuell, die Staubflächen überwiegen. In der warmen Jahreszeit fehlt für Menschen und Tiere Beschattung und Grün, weshalb sich der ganze Bereich zu einer unerträglichen Hitzeinsel entwickelt hat.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 den folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, in der Hundezone Grünanlage Aspernstraße entlang der Einfriedung einen Sichtschutz anzubringen.

Begründung

Die Hundezone in der Grünanlage Aspernstraße befindet sich an einer stark befahrenen Kreuzung, unmittelbar angrenzend befinden sich Wohnhäuser. Ein Sichtschutz würde sowohl Menschen als auch Tieren helfen. Es ist erwiesen, dass ein Sichtschutz zur Straße bei Hundezonen dafür sorgt, dass Hunde weniger Stress haben und dadurch weniger bellen. Den Anrainern ist dadurch auch geholfen, wenn das Hundegebell mit dieser einfachen Maßnahme deutlich dezimiert werden kann. Es handelt sich um ein Bürgeranliegen beider Seiten – sowohl der Anrainer in den gegenüberliegenden Häusern, als auch jener der Hundebesitzer und Besucher der Hundezone.

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

**Antrag betreffend Vielfältige Spielgeräte im Park der Artenvielfalt
(Berresgasse)**

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht bei der Gestaltung des neu entstehenden "Park der Artenvielfalt" in der Berresgasse Spielgeräte und Spielzonen zu errichten, die dem Namen des Parks auch gerecht werden. Dazu zählen z.B. Outdoor-Fitness-Geräte für Senioren, barrierefreie Spielgeräte und Spielgeräte speziell für Mädchen, Kleinkinder und Jugendliche.

Begründung:

Wunsch der Bevölkerung. Das Konzept des Parks, die eine Artenvielfalt in der Ausgestaltung der Begrünung vorsieht, soll auch auf die Spielgeräte umgesetzt werden, da man davon ausgehen kann, dass in einem so großen Wohnanlage auch die Interessen der Bewohner:innen vielfältig sein werden.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER
Klubobmann
NEOS Donaustadt
Antragsteller

BRin Jing HU
Klubobmann-Stv.
NEOS Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob im Bereich der "Arena Beach Kaisermühlen" unzumutbare Lärmbelästigungen auftreten und gegebenenfalls Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Begründung:

Klagen von Anrainer:innen: „In den Innenhöfen der Gebäude fängt sich speziell der Schall der Bässe und es ist vermehrt bei schönem Wetter kaum möglich in seiner eigenen Wohnung und Umgebung Ruhe und Erholung zu finden“.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, entlang der Sinagasse zwischen Bellegardegasse und Moissigasse Bäume zu pflanzen, damit diese eine schattenspendende Allee wird.

Begründung:

Dieser vollkommen baumlose Straßenabschnitt ist ein richtiger Hitzepol, der sowohl Anrainer:innen als auch Passant:innen an heißen Tagen massiv belastet. Bäume würden nicht nur zur optischen Verbesserung beitragen, sondern auch für Abkühlung und für Luftverbesserung sorgen.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 06.03.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den baulich getrennten Radweg entlang der Schüttaustraße, der derzeit bei der Schödlbergergasse endet, über die Schödlbergergasse und Sinagasse bis Schüttauplatz zu führen. Weiters soll dieser die Radanbindung an das Gänsehäufel sicherstellen (siehe Abbildung)

Begründung:

Der Radweg endet derzeit an der Kreuzung Schüttaustrasse # Schödelbergergasse unmittelbar vor zwei großen Volksschulen. Eine Fortführung auf dieser Route würde Volksschulkindern ein gefahrloseres Erreichen ihrer Schule gewährleisten und eine durchgehende Radroute zum Gänsehäufel herstellen.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, dass eine öffentliche oberirdische Verkehrsverbindung entlang der Wagramer Straße zwischen dem Donauzentrum und dem Kagraner Platz weiterhin gegeben ist.

Begründung

Aufgrund der aktuellen Bauarbeiten zur Umgestaltung der Wagramer Straße wird die Line 22A derzeit nur bis zum Kagraner Platz kurz geführt. Für die entlang der Wagramer Straße wohnende Bevölkerung besteht daher aktuell keine öffentliche oberirdische Verkehrsanbindung Richtung Kagraner Platz (betrifft insbesondere die Strecke Steigenteschgasse - Kagraner Platz). Gerade für ältere bzw. gebrechliche Mitbürger ist diese Verbindung jedoch sehr wichtig (etwa für den Kirchen- oder Friedhofsbesuch). Um Gerüchten entgegenzutreten, welche eine dauerhafte Einstellung dieser Busverbindung verbreiten (siehe Foto), darf daher der ggstl. Antrag eingebracht werden.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, dass die Taktfrequenz der Straßenbahnlinie 26 während der Veranstaltungszeiten des Flohmarktes beim Gewerbepark Stadlau deutlich erhöht wird.

Begründung

Sonntag vormittags findet beim Gewerbepark Stadlau regelmäßig ein Flohmarkt statt. Eine Vielzahl der Besucher dieser Flohmärkte reist dazu mit der Straßenbahnlinie 26 an und ab (bei der Abreise oftmals auch mit entsprechender umfangreicher dort erstandener Ware). Trotz des deutlich erhöhten Fahrgastaufkommens beträgt das Taktintervall, entsprechend des Sonn- und Feiertagsfahrplans, 10 Minuten. Durch diese zu niedrige Frequenz ist die Betzung der Linie 26 zu den Veranstaltungszeiten aktuell daher nahezu unzumutbar.

Daher darf der ggstl. Antrag auf eine entsprechende Taktverdichtung eingebracht werden.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

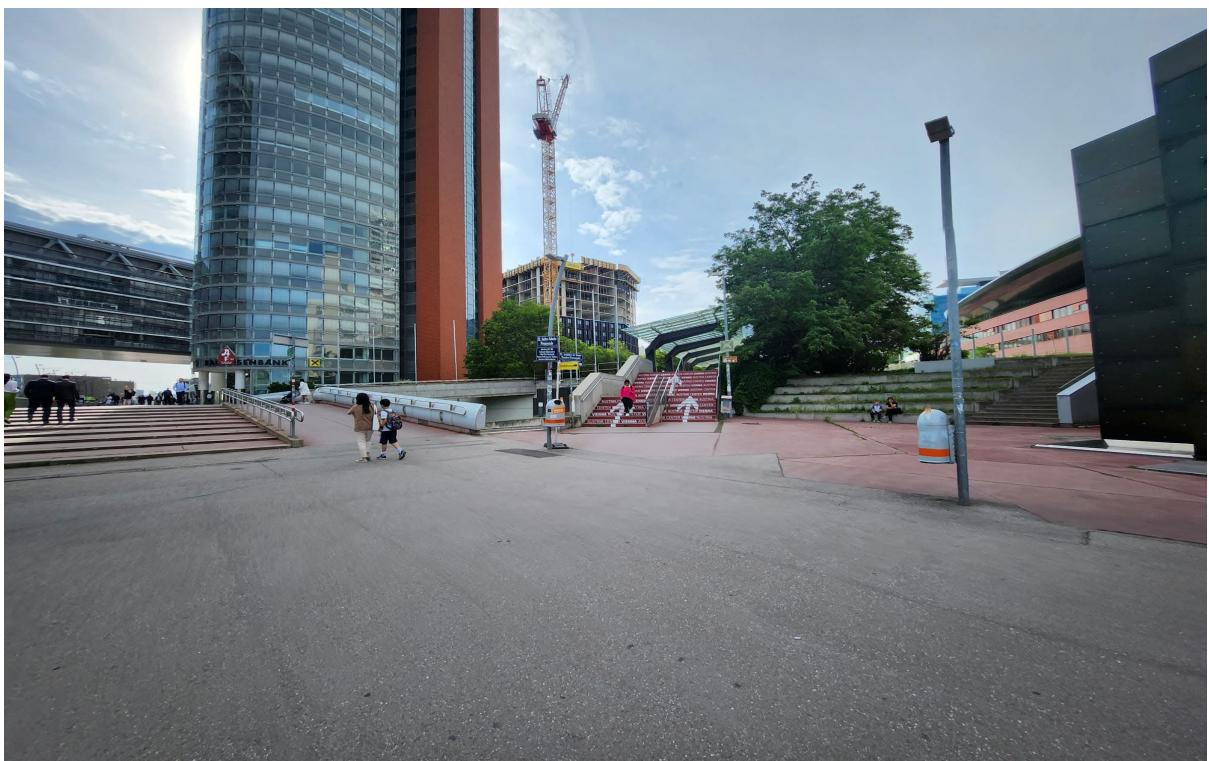
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Isidro-Fabela-Promenade zu begrünen, um Abkühlung zu schaffen und der Klimakrise entgegenzuwirken.

Begründung

Die Begrünung verschönert nicht nur das Stadtbild, sondern dient auch als natürliche Klimaanlage. Grünflächen filtern Schadstoffe aus der Luft und produzieren Sauerstoff, was zu einer besseren Luftqualität beiträgt. Bäume und Pflanzen spielen eine besonders wichtige Rolle an Orten, die von viel Beton umgeben sind, wie zum Beispiel an der Isidro-Fabela-Promenade.

Die Fotos wurden am 02.06.2024 aufgenommen.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Andrea Aigner

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, rasch Sicherungsmaßnahmen für die Anrainer der Gefahrenzone Kreuzungsbereich Johann-Kutschera-Gasse / Alte Schanzen / Maria-Tusch-Straße zu treffen.

Begründung

Aufgrund der Unfallhäufung und beträchtlichen Gefährdung des Lebens der Anrainer der Johann-Kutschera-Gasse / Alte Schanzen / Maria-Tusch-Straße sind rasch temporäre Sicherungsmaßnahmen notwendig. Im Bereich des Straßenabschnittes Johann-Kutschera-Straße / Alte Schanzen / Maria-Tusch-Straße ereignen sich immer wieder Verkehrsunfälle. Erst letzte Woche kam es aufgrund Missachtung des Vorranges wiederum zu einem Verkehrsunfall zwischen KFZ und Autobus.

- Von der Johann-Kutschera-Gasse aus kommend hat man eine „Vorrang geben“ Tafel. Neben der Straße befinden sich Betonblöcke.
- Von den Alten Schanzen kommend – diese Straße ist nur für den Bus 84A, Fahrräder, Scooter, Fußgänger gestattet

Kommt man von Richtung Alte Schanzen, führt die Straße von einem unteren Niveau über einen Hügel auf die Johann-Kutschera-Gasse. Außerdem befinden sich auf der Straßenseite der höher gelegenen Johann-Kutschera-Gasse Betonpoller, die zusätzlich zu einer Sichtbehinderung führen.

Da auch Schulkinder diesen Bereich nutzen müssen um in ihre Schulen zu gelangen und es keinerlei Sicherungsmaßnahmen in diesen Bereich für sie und auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer gibt, besteht dringender Handlungsbedarf um diese gefährliche Kreuzung zu entschärfen, da weitere Verkehrsunfälle zu befürchten sind.

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 93A an allen Tagen auf maximal 15 Minuten zu begrenzen.

Begründung

Um die von der Stadtregierung angestrebten Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, welche sind:

- Der Anteil der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
 - Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
 - Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen PKW zu besitzen mobil sein.
 - Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

bedarf es einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei dem nicht die Nachfrage das Angebot, sondern das Angebot die Nachfrage bestimmen sollte. Da dies auf Linien wie dem 93A nicht der Fall ist, muss diese Linie sukzessive verbessert werden, um die angestrebten Klimaziele nachhaltig erreichen zu können.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, alle Busse der Linie 93A, die aus Kagran kommen, bis zur Station Schillwasserweg zu führen.

Begründung

Um die von der Stadtregierung angestrebten Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, welche sind:

- Der Anteil der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
 - Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
 - Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
 - Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

bedarf es einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei dem nicht die Nachfrage das Angebot, sondern das Angebot die Nachfrage bestimmen sollte. Da dies auf Linien wie dem 93A nicht der Fall ist, muss diese Linie sukzessive verbessert werden, um die angestrebten Klimaziele nachhaltig erreichen zu können.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler Adam Unterwalcher
Klubobmann der Grünen Donaustadt Bezirksrat Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.24

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, die Taktzeit auf der Linie 96A auf maximal 15 Minuten zu begrenzen.

Begründung

Um die von der Stadtregierung angestrebten Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, welche sind:

- Der Anteil der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
 - Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
 - Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
 - Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

bedarf es einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei dem nicht die Nachfrage das Angebot, sondern das Angebot die Nachfrage bestimmen sollte. Da dies auf Linien wie dem 93A nicht der Fall ist, muss diese Linie sukzessive verbessert werden, um die angestrebten Klimaziele nachhaltig erreichen zu können.

Bezirksvertretungssitzung 12.06.24

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, die Linie 96A auch am Sa, So und Feiertag fahren zu lassen.

Begründung

Um die von der Stadtregierung angestrebten Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, welche sind:

- Der Anteil der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

bedarf es einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei dem nicht die Nachfrage das Angebot, sondern das Angebot die Nachfrage bestimmen sollte. Da dies auf Linien wie dem 96A nicht der Fall ist, muss diese Linie sukzessive verbessert werden, um die angestrebten Klimaziele nachhaltig erreichen zu können.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Attemsgasse für den Radverkehr gegen die Einbahn zu öffnen.

Begründung:

Die Attemsgasse wurde erst kürzlich neu gestaltet. Um dem Radverkehr die Benutzung der Attemsgasse in beide Richtungen zu ermöglichen, wäre die Befahrung gegen die Einbahn sinnvoll.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, für die gesamte Industriestraße in der Donaustadt Tempo 30 km/h zu verordnen.

Begründung:

Die Reduzierung der maximalen Geschwindigkeit erhöht die Sicherheit der Bevölkerung.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 12.06.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Wiederherstellung der Grünfläche im Verlauf der Röbblinggasse zu veranlassen, wie sie bis zur eigenmächtigen Asphaltierung durch Anrainer:innen um ca. 2020 existierte.

Begründung:

Durch eigenmächtiges Asphaltieren im Verlauf der Röbblinggasse wurden wertvolle Grünflächen vernichtet. Daher ist eine Wiederherstellung dieser Grünflächen auf Kosten der Durchführenden der Asphaltierung zu veranlassen.



Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 12.06.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass bei der U-Bahn-Station U1 Kagraner Platz Fahrradständer aufgestellt werden.

Begründung

Leider gibt es im Umfeld, bei der sehr frequentierten U1 Station Kagraner Platz, nur zwei Fahrradständer. Das sind zu wenige. Es ist genügend Platz vorhanden, an Stellen wo niemand behindert wird, weder der öffentliche Verkehr noch die parkenden Autos, zusätzliche Fahrradständer zu errichten.

Melitta BOIGNER
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 12.06.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in der Langobardenstraße mehrere Sitzbänke aufgestellt werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Ab dem Donauspital bis zum Biberhaufenweg gibt es genügend Platz, um dies zu ermöglichen.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend begrüntes Wartehäuschen Siegesplatz

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Stationswartehäuschen in beide Fahrtrichtungen bei der Station Siegesplatz der Buslinie 26A zu begrünen.

Begründung:

Die Stationen am Siegesplatz befinden sich an heißen Tagen in der prallen Sonne. Es ist der Wunsch der Anrainer:innen diese Stationen zu begrünen um mehr Kühlung zu ermöglichen.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER

Klubobmann

NEOS Donaustadt

BRin Jing HU

Klubobmann-Stv.

NEOS Donaustadt

Antragstellerin

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Gehsteig auf Aspernstraße

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht einen Gehsteig ab der Busstation Gotthelfgasse bis zu Aspernstraße 15 zu errichten.

Begründung:

Viele Familien mit Kindern wollen von der Lavaterstraße zu Fuß die Gärtnerei aufsuchen bzw. die Schule auf dem Contiweg besuchen. Auf dieser Strecke gibt es keinen Gehsteig. Die meisten gehen auf dem Fahrradweg oder auf der Straße. Um einen Unfall zu vermeiden, sollte ein Gehsteig errichtet werden.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER

Klubobmann

NEOS Donaustadt

BRin Jing HU

Klubobmann-Stv.

NEOS Donaustadt

Antragstellerin

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, dass bei den vom Bezirk getragenen Angeboten im Rahmen der kulturellen Jugendbetreuung die „Umfassende Landesverteidigung“ im Sinne des Art 9a B-VG in adäquater Weise Berücksichtigung findet.

Begründung

Mit Beschlussantrag vom 30. Jänner 2020 des Wr. Gemeinderates wurden die Stellen der Stadt Wien aufgefordert für die Umsetzung der Säulen der umfassenden Landesverteidigung Sorge zu tragen. Dieser Antrag wurde mit einem klaren Bekenntnis durch den Gemeinderat am 28. Juni 2023 bekräftigt. Da laut einer aktuellen Studie nur 14% der Bevölkerung bereit sind Österreich mit der Waffe zu verteidigen¹, besteht hier dringender Handlungsbedarf - gerade in der Donaustadt mit ihren vergleichsweise „jungen“ Bewohnern. Da seitens des Bezirkes doch vergleichsweise zahlreiche Angebote im Bereich der kulturellen Jungendbetreuung bestehen, bieten sich diese für eine adäquate Berücksichtigung der „Umfassenden Landesverteidigung“ an. Bspw. könnten bei den verschiedenen Betreuungsangeboten etwa Informationsoffiziere des Bundesheeres beigezogen werden oder auch Truppenbesuche durchgeführt werden.

¹Der Standard, 15.04.2024

Sitzung der Bezirksvertretung am 25.9.2024

Die Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 04808 nach Franz Fellner zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Es handelt sich hier um eine kurze Verlängerung der bereits bestehenden Straße 1220, Franz-Fellner-Gasse.

Die Abteilung MA 21 A – Stadtteilplanung und Flächenwidmung Inner-Südwesten empfiehlt daher, die Verlängerung ebenfalls in „Franz-Fellner-Gasse“ zu benennen.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25.9.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 09297 in „Am Rain“ zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Es handelt sich hier um eine kurze Verlängerung der bereits bestehenden Straße 1220, Am Rain.

Die Abteilung MA 21 A – Stadtteilplanung und Flächenwidmung Inner-Südwesten empfiehlt daher, die Verlängerung ebenfalls „Am Rain“ zu benennen.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25.9.2024

Die Bezirksräinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 03463 in Oberfeldgasse zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Es handelt sich hier um eine kurze Verlängerung der bereits bestehenden Straße 1220, Oberfeldgasse.

Die Abteilung MA 21 A – Stadtteilplanung und Flächenwidmung Inner-Südwesten empfiehlt daher, die Verlängerung ebenfalls in „Oberfeldgasse“ zu benennen.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25.9.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 20585 nach Claudia Heill zu benennen (Claudia-Heill-Park).

B E G R Ü N D U N G

Claudia Heill (* 24. Januar 1982 in Wien; † 31. März 2011 in Wien) war eine erfolgreiche Judoka. Sie begann bereits als Siebenjährige mit dem Judosport. Bei den Weltmeisterschaften in München belegte sie 2001 den fünften Platz und bei den Europameisterschaften 2002 in Maribor, 2003 in Düsseldorf sowie 2007 in Belgrad wurde sie jeweils Dritte.

Bei den olympischen Sommerspielen in Griechenland 2004 gewann Heill die Silbermedaille. Damit war sie die erste österreichische Judoka, die eine olympische Medaille erringen konnte.

Außerdem gewann Claudia Heill bei den Europameisterschaften 2001 in Paris und 2005 in Rotterdam jeweils die Silbermedaille. Bei der Militär-WM 2006 in Vinkovci wurde die damalige Zeitsoldatin Weltmeisterin. 2008 scheiterte Heill bei den Olympischen Sommerspielen erst im Kampf um die Bronzemedaille und belegte schließlich Platz fünf im Endklassement.

Am 21. Juni 2009 gab die 9-fache österreichische Staatsmeisterin ihren Rücktritt vom aktiven Sport bekannt und begann danach ein Studium an der Fachhochschule Wiener Neustadt (Studienlehrgang „Training und Sport“). Bis Februar 2011 war Heill auch als Trainerin am Österreichischen Leistungssport-Zentrum Südstadt (Meistergrad: 4. Dan) tätig. Bei der Judo-Heim-EM 2010 arbeitete sie als Sonderbotschafterin und im Marketing des Organisationskomitees mit.

Am 31. März 2011 starb Claudia Heill nach einem Sturz aus dem Fenster im sechsten Stock ihres Wohnhauses. Sie wurde am 19. April 2011 unter großer Anteilnahme auf dem Zentralfriedhof in einem Ehrengrab der Stadt Wien bestattet. Claudia Heill war Trägerin des Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

Aufgrund ihrer herausragenden sportlichen Erfolge und ihrer Vorbildwirkung für Mädchen und Frauen erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25.9.2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichische Volkspartei, der Grünen, der Freiheitlichen Partei Österreichs, der NEOS, des Teams HC Strache, der Bierpartei sowie die parteiunabhängige Bezirksrätin Antonia Heiml stellen den

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Verkehrsfläche SCD 06246 nach Günter Stockhammer zu benennen.

B E G R Ü N D U N G

Günter Stockhammer (* 8. August 1962 in Wien; † 27. August 2021) war ein erfolgreicher Eishockey- und Inlinehockeyspieler.

Günter Stockhammer wuchs im Siedlungsgebiet Hausgrundweg/Hartlebengasse in der Donaustadt auf und besuchte die Volksschule in der Plankenmaisstraße. Bereits sehr früh zeigte sich das sportliche Talent Stockhammers, vorerst beim Fußballspielen im Nachwuchs des SK Rapid Wien. Zu dieser Zeit wurde auch der Eishockeysport von so gut wie allen Kindern ausgeübt, üblicherweise am Natureis am Mühlwasser und an der Alten Donau. Bereits im Knaben- und Schüleralter begann Günter Stockhammers Eishockey-Karriere in der Donauparkhalle bei WAT Stadlau. In diesen Jahren entschied sich Stockhammer endgültig für den klubmäßigen Eishockey-Sport. Seine sportliche Leistungsbilanz mit sieben Weltmeisterschaftsteilnahmen (3x Eishockey, 4x Inlinehockey), einem Vizeweltmeistertitel (Inlinehockey 1999) und drei österreichischen Eishockey-Meistertiteln (1982 bis 1984) ist eine der erfolgreichsten im heimischen Eishockey- und Inlinehockeysport. Stockhammers Stammverein war der WAT Stadlau, seine größten Eishockeyerfolge feierte er mit VEU Feldkirch und im Inlinehockey mit EHC Donaustadt.

Trotz seiner großen sportlichen Erfolge übte Stockhammer seinen geliebten Sport nicht nur in den höchsten Ligen aus, sondern sehr häufig einfach mit Freunden am Natureis oder in der Eishalle. Auch dadurch wurde Günter Stockhammer ein Vorbild zum Anfassen für zahlreiche Nachwuchsspieler.

Besonders bemerkenswert war Günter Stockhammers Einsatz bei der Gründung und Etablierung des Inlinehockeysports in Österreich. Dabei stand für ihn auch der Energie- und Umweltschutzgedanke im Vordergrund. Durch die Umstellung der Eishallen in den Sommermonaten aus Kostengründen von Eishockey auf Inlinehockey konnte die Sommerpause für Eishockey verlängert und der Hockeysport

dennoch in etwas geänderter Form am gleichen Ort, jedoch unter erheblicher Energieeinsparung, weiter ausgeübt werden.

Eine Verkehrsflächenbenennung nach Günter Stockhammer in der Donaustadt ehrt neben seinem sportlichen Wirken auch seine Verdienste um den österreichischen Eishockey- und Inlinehockeysport und seine hohe Wertschätzung, die er in Wien und speziell in der Donaustadt unter den Hockeysportler*innen und Verbandsfunktionär*innen bis heute genießt.

Aufgrund seiner großen sportlichen Verdienste und seines außerordentlichen Einsatzes für den Eishockey- und Inlinehockeysport in Österreich, aber auch in der Donaustadt, erscheint die Benennung einer Verkehrsfläche im 22. Wiener Gemeindebezirk adäquat und gerechtfertigt.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25. September 2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Grünen und der Neos bringen nachfolgende Resolution ein.

R E S O L U T I O N

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, das Angebot der Lerncafés für die Zielgruppe Jugendliche im Bezirk auszubauen. Bestehende Angebote, wie beispielsweise das Lerncafé Seestadt, sollen auch für Jugendliche niederschwellig zugänglich gemacht werden und es sollen seitens des Bezirks Räumlichkeiten mit geeigneten Materialien (Internetzugang, PC, Tische, Stühle, Getränkeautomat usw.) zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Nutzung kommerzieller Cafés, die vergünstigte Preise bei Vorweisen einer edu.card oder eines Schülerausweises anbieten. Im Zentrum steht die Möglichkeit eines geeigneten Lernortes für Jugendliche und nicht zwingend die Unterstützung durch Lehrpersonal.

BEGRÜNDUNG

Die Resolution basiert auf den Abschlussergebnissen des Jugendparlaments und ist eine von 5 Resolutionen.

Jugendliche stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen im Bildungsbereich, sei es durch zunehmenden Druck in der Schule oder Mangel an Lernraum. Eine geeignete Räumlichkeit zu finden, in der die Jugendlichen in Ruhe und mit den nötigen Materialien ausgestattet sind, um gut lernen zu können, ist von großer Wichtigkeit. Oftmals ist zuhause nicht genügend Platz oder Ruhe, um sich auf schulische Aktivitäten ausreichend vorzubereiten. In der Donaustadt gibt es viel mehr SchülerInnen als Lerncafés. Lerncafés bieten eine wertvolle Unterstützung, indem sie einen Raum schaffen, in dem Jugendliche konzentriert und ohne Ablenkungen lernen können. Bestehende Angebote sind nur selten für Jugendliche zugänglich, da sie primär auf Kinder und jüngere SchülerInnen bis ca. 15 Jahren ausgerichtet sind und nicht die spezifischen Bedürfnisse älterer Jugendliche ausreichend berücksichtigen. Zudem ist hier oftmals der Zugang eine große Hürde durch die Verpflichtung zu einem regelmäßigen und kontinuierlichen Besuch oder Elterngesprächen. Es gibt kaum kommerzielle Cafés, die vergünstigte Preise oder geeignete Rahmenbedingungen anbieten. Einen solchen Ort zu schaffen, würde es den Jugendlichen ermöglichen, bessere schulische Leistungen zu erbringen, indem es einen geschützten Raum zum Lernen gibt, in dem gegenseitige Unterstützung und Austausch möglich ist und welcher auch mit notwendigen technischen Materialien ausgestattet ist.

Die Erweiterung der Lerncafé-Angebote für Jugendliche und die Bereitstellung geeigneter, niederschwelliger Lernräume sind notwendige Maßnahmen, um die Bildungschancen und die soziale Teilhabe der Jugendlichen im Bezirk zu verbessern. Damit würde einer Benachteiligung entgegengewirkt, schulische Aufgaben mit positiven Erfahrungen verknüpft und zur sozialen Integration und Chancengleichheit beigetragen werden. Jugendliche aus verschiedenen sozialen Hintergründen erhalten so gleiche Möglichkeiten, ihre schulischen und beruflichen Ziele zu verfolgen. Dies fördert nicht nur ihre persönliche Entwicklung, sondern trägt auch zur Stärkung der gesamten Gesellschaft bei.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25. September 2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Grünen, der Neos bringen nachfolgende Resolution ein.

R E S O L U T I O N

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, die Anzahl der öffentlichen WLAN-Hotspots im Bezirk zu erhöhen, insbesondere in von Jugendlichen häufig besuchten Bereichen, wie Schulen, Sportanlagen, Parks und Freizeiteinrichtungen. Diese Maßnahme fördert die soziale Teilhabe und die Bildung der Jugendlichen und unterstützt eine zeitgemäße digitale Infrastruktur im Bezirk.

BEGRÜNDUNG

Die Resolution basiert auf den Abschlussergebnissen des Jugendparlaments und ist eine von 5 Resolutionen.

Wir fordern mehr WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum im 22. Bezirk, weil viele Jugendliche in der Öffentlichkeit keinen Internetzugang haben. Heutzutage kosten mobile Daten viel und Jugendliche haben oft nur wenig Geld zur Verfügung. Durch den Ausbau des WLAN-Netzes im Bezirk wird sichergestellt, dass alle Jugendliche, unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, Zugang zum Internet haben.

Jugendliche verbringen viel Zeit in Schulen, Sportanlagen, Park und Freizeiteinrichtungen. Der Zugang zu kostenlosem WLAN an diesen Orten ist entscheidend für soziale Teilhabe und Bildung. Viele Jugendliche sind auf kostenloses WLAN angewiesen, um mit der Außenwelt zu kommunizieren und an digitalen Bildungsangeboten teilzunehmen. Durch die Erhöhung der Anzahl der WLAN-Hotspots wird sichergestellt, dass Jugendliche jederzeit Zugang zum Internet haben. Kostenloses WLAN ermöglicht es ihnen, soziale Netzwerke zu nutzen, Informationen zu suchen und sich digital zu vernetzen. Dies ist besonders wichtig in einer Zeit, in der digitale Kommunikation und Information einen großen Teil des sozialen Lebens und der Bildung ausmachen. Der Schulbetrieb wird zunehmend digital und um zu lernen oder Hausaufgaben zu machen, braucht man Zugang zu Internet.

Eine gut ausgebauten digitale Infrastruktur ist ein Zeichen eines modernen und zukunftsorientierten Bezirks. Die Installation und Verbesserung von WLAN-Hotspots trägt dazu bei, dass der Bezirk für Jugendliche attraktiver wird und den aktuellen technischen Standards entspricht. Dies fördert die Nutzung und Wertschätzung öffentlicher Räume und unterstützt die digitale Bildung und Teilhabe. Besonders für Mädchen bedeutet WLAN und somit Erreichbarkeit im öffentlichen Raum auch Sicherheit.

Durch diese Maßnahmen wird der Zugang zum Internet für Jugendliche im Bezirk verbessert, ihre soziale Teilhabe und Bildung gefördert und ein wichtiger Beitrag zur digitalen Infrastruktur des Bezirks geleistet.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25. September 2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Grünen und der Neos bringen nachfolgende Resolution ein.

R E S O L U T I O N

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, regelmäßige kostenlose Sportangebote für Jugendliche in Verbindung mit einer Leistungsschau von Sportvereinen im Bezirk zu organisieren. Diese Sportangebote sollen niederschwellig nutzbar, einfach öffentlich zugänglich und gratis für alle sein.

BEGRÜNDUNG

Die Resolution basiert auf den Abschlussergebnissen des Jugendparlaments und ist eine von 5 Resolutionen.

Das Projekt ist essentiell, um Jugendlichen in unserem Bezirk den Zugang zu Sportangeboten zu erleichtern und Inklusion zu fördern. Viele Jugendliche haben aus finanziellen oder sozialen Gründen keinen Zugang zu Vereinen oder sportlichen Aktivitäten mit professioneller Anleitung. Durch kostenlose und leicht zugängliche Angebote können wir diesen Jugendlichen neue Perspektiven eröffnen, ihre Gesundheit fördern und eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen. Sport fördert nicht nur die körperliche Fitness, sondern auch soziale Kompetenzen und den Gemeinschaftssinn. Darüber hinaus bietet das Projekt den Sportvereinen die Möglichkeit, sich zu präsentieren, neue Mitglieder zu gewinnen und sich im Bezirk zu vernetzen. Wir sind überzeugt, dass ein solches Projekt einen nachhaltigen positiven Einfluss auf die Jugend und die Gemeinschaft in der Donaustadt haben wird.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25. September 2024

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Grünen und der Neos bringen nachfolgende Resolution ein.

R E S O L U T I O N

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, konkrete Schritte zur Unterstützung von obdachlosen Menschen zu setzen. Ein weiteres Notquartier und Tageszentrum in der Donaustadt soll errichtet werden. Außerdem soll das bestehende Notquartier ganzjährig zugänglich gemacht werden. Im Bezirk selbst mögen folgende Teilbereiche umgesetzt werden:

- .) Errichtung von kostenlosen und einfach zugänglichen Sanitäranlagen bzw. die Reaktivierung solcher (Duschen und Toiletten, zB. Unterführung Dr.-Otto-Neurath-Gasse)
- .) Informationen zum bereits bestehenden Unterstützungsangebot im öffentlichen Raum zugänglich machen (zB. durch Hinweistafeln)
- .) Errichtung von Spinden im öffentlichen Raum
- .) angemessene bauliche Gestaltung des öffentlichen Raums (keine hostile architecture)

BEGRÜNDUNG

Die Resolution basiert auf den Abschlussergebnissen des Jugendparlaments und ist eine von 5 Resolutionen.

Menschen, die auf der Straße leben, sind besonders gefährdet und benötigen dringend Zugang zu sicheren Unterkünften und sozialen Dienstleistungen. Ein weiteres Notquartier und ein zusätzliches Tageszentrum in der Donaustadt würden dazu beitragen. Diese Einrichtungen bieten nicht nur Schutz und Unterkunft, sondern auch Zugang zu Beratung und Unterstützung, die ihnen helfen können, aus der Obdachlosigkeit herauszukommen. Ein ganzjährig zugängliches Notquartier ist von entscheidender Bedeutung, da Obdachlosigkeit nicht nur in den Wintermonaten ein Problem darstellt. Obdachlose Menschen brauchen das ganze Jahr über einen sicheren Zufluchtsort. Der Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen ist ein Menschenrecht. Die Bereitstellung von Duschen und Toiletten ist essentiell, um obdachlosen Menschen ein Mindestmaß an Hygiene zu ermöglichen und damit ihre Gesundheit und Würde zu wahren. Darüber hinaus wird durch solche auch die Lebensqualität aller Menschen in der Donaustadt gesteigert.

Sitzung der Bezirksvertretung am 25. September 2024

Die Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Grünen und der Neos bringen nachfolgende Resolution ein.

R E S O L U T I O N

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, mehr Trinkbrunnen in der Donaustadt zu erbauen, damit eine bessere Versorgung mit Trinkwasser im öffentlichen Raum gegeben ist. Konkret sollen bestehende Hydranten an geeigneten Standorten, wie Schulen, Sportanlagen, Parks und Freizeiteinrichtungen zu Trinkbrunnen umgebaut werden.

BEGRÜNDUNG

Die Resolution basiert auf den Abschlussergebnissen des Jugendparlaments und ist eine von 5 Resolutionen.

In Wien und auch in der Donaustadt gibt es einige Trinkbrunnen, bei denen man kostenlos Wasser bekommt. Doch an einigen wichtigen Orten fehlen diese. Daher sollte das Angebot in der Donaustadt noch weiter ausgebaut werden.

Jugendliche verbringen viel Zeit in Schulen, Sportanlagen, Parks und Freizeiteinrichtungen. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser an diesen Orten ist entscheidend für Gesundheit und Wohlbefinden. Ausreichende Flüssigkeitszufuhr ist besonders wichtig für die Konzentrationsfähigkeit und die körperliche Leistungsfähigkeit. Durch die Erhöhung der Anzahl der Trinkbrunnen wird sichergestellt, dass Jugendliche und alle BürgerInnen der Donaustadt jederzeit Zugang zu kostenlosem, sauberem Trinkwasser haben. Durch die Bereitstellung von leicht zugänglichem Trinkwasser wird außerdem eine gesunde Alternative zu zuckerhaltigen Getränken gefördert und der Konsum von ungesunden Getränken reduziert. Die Verfügbarkeit von Trinkbrunnen ermutigt Jugendliche, wiederverwendbare Wasserflaschen zu nutzen, was zur Reduzierung von Einwegplastikflaschen beiträgt. Trinkbrunnen helfen der Umwelt, dass weniger Einwegplastikflaschen gekauft und dadurch nicht weggeschmissen werden.

Durch diese Maßnahmen wird der Zugang zu sauberem Trinkwasser für Jugendliche im Bezirk verbessert, ihre Gesundheit gefördert und ein wichtiger Beitrag zur Umwelt- und Ressourcenschonung geleistet.

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 12. Juni 2024 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung im Sinne des Art. 9a der Bundesverfassung und fordert deren Umsetzung in der Donaustadt.

Begründung

Laut Studie der Universität Innsbruck sind nur 14% der Bevölkerung bereit Österreich mit der Waffe zu verteidigen¹. Angesicht der „Zeitenwende“ und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine muss dieser erschreckend niedrige Prozentsatz ein Weckruf für alle Stellen in Österreich sein. Unsere Freiheit und unsere Demokratie sind es mehr als wert mit allen Mitteln verteidigt zu werden. Bereits in den 1970er-Jahren wurden angesichts einer ähnlichen Bedrohung das Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“, mit seinen vier Säulen der geistigen, wirtschaftlichen, zivilen und militärischen Landesverteidigung, in der Bundesverfassung verankert. Insbesondere die Gebietskörperschaften, und somit auch der Bezirk Donaustadt, sind für die Umsetzung verantwortlich. Seitens des Wiener Gemeinderates wurden jüngst auch entsprechende, zu diesem Resolutionsantrag sinngemäß wortgleiche, Beschlussanträge verabschiedet (30.01.2020 und 28.06.2023). Gerade in der Donaustadt, mit ihrer Größe aber auch dem niedrigeren Durchschnittsalter, haben wir eine erhöhte Verantwortung die Verteidigungsbereitschaft deutlich zu erhöhen – *si vis pacem para bellum*.

¹Der Standard vom 15.04.2024

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen, die durch neue Parkplatzmarkierungen für alle Verkehrsteilnehmer geschaffene Gefahrenzone am Husarenweg, 1220 Wien, zu entschärfen.

Begründung

Es liegen massive Beschwerden der Anrainer des Husarenwegs und seiner Seitengassen vor: Durch die feldseitig angebrachten Parkplatzmarkierungen wurde am gesamten Husarenweg eine erhebliche Gefahrenzone für alle Verkehrsteilnehmer geschaffen. Das notwendige Ausweichen in den Gegenverkehr und damit auch in Richtung der Ausfahrten der Seitengassen führt regelmäßig zu unfallträchtigen Situationen.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht im Bereich der Bushaltestelle „Breitenlee Schule“ (in der Schukowitzgasse) das Anbringen von Bodenmarkierungen zur Kennzeichnung der Haltestellenbereiche zur prüfen und ggf. umzusetzen.

Begründung

An Schultagen ist im Haltestellenbereich „Breitenlee Schule“ in der Schukowitzgasse reger Verkehr. Dadurch, dass nun auch die Line 28A dort ihre Endstelle hat, neben den bisherigen Linien, halten nun regelmäßig mehrere Busse über zumindest ein paar Minuten vor der Volksschule. Zur Vermeidung von Ärgernissen und zur Gewährung eines geordneten Verkehrsflusses erscheint daher das Anbringen von Bodenmarkierungen (insbes. im neuen Haltebereich der Linie 28 A – aktuell nur durch einen „grünen Strich“ markiert) sinnvoll.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Musketierwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen massive Beschwerden der Anrainer des Musketierwegs vor. Für mehr als 30 Haushalte wurden bloß 4 Stellplätze eingezeichnet. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer umzäunten Hundezone beim Kreuzungsbereich Drygalskiweg/Weinwurmweg zu prüfen.

Begründung

Die Wege entlang der Alten Donau erfreuen sich – insbesondere im Sommer – reger Beliebtheit.

Auch Hunde und ihre Besitzer nutzen die Wege für Ihre Spaziergänge.

Daneben leben in den Wohnhäusern auch zahlreiche Hunde. Nicht zuletzt auch zur Kanalisierung (entfernt vom Uferbereich) wäre daher die Errichtung einer umzäunten Hundezone in diesem Bereich sinnvoll und erscheint die ggstl. Fläche dafür geeignet.

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien dürfen daher um eine entsprechende Prüfung ersucht werden.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2025 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung eines umzäunten Kleinkindspielplatzes beim Kreuzungsbereich An der Oberen Alten Donau/Drygalskiweg zu prüfen.

Begründung

Die Wege entlang der Alten Donau erfreuen sich – insbesondere im Sommer – reger Beliebtheit. Bedauerlicherweise findet sich im nicht so geringen Donauständer Anteil „an der Oberen Alten Donau“ jedoch kein umzäunter Kleinkinderspielplatz (gerade im Hinblick auf die mit dem Gewässer verbundenen Gefahren). Die ggstl. Freifläche würde sich für einen umzäunten Kleinkindspielplatz eignen.

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien dürfen daher um eine entsprechende Prüfung ersucht werden.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

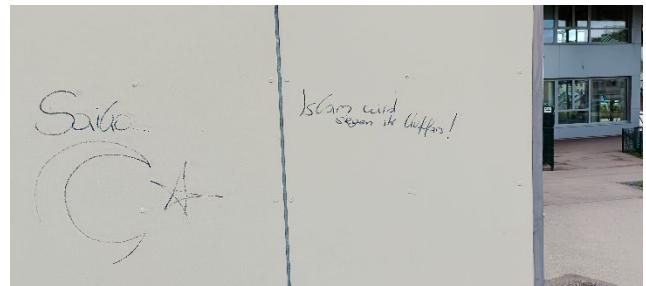
Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass bei den vom Bezirk getragenen Angeboten im Rahmen der kulturellen Jugendbetreuung die Prävention betreffend „Islamismus“ in adäquater Weise Berücksichtigung findet

Begründung

Der zunehmende Islamismus – gerade junger Menschen – nimmt bedauerlicherweise auch in Wien spürbar zu. Leider ist auch die Donaustadt nicht davon ausgenommen (siehe etwa Foto aus Kagran). Da seitens des Bezirkes doch vergleichsweise zahlreiche Angebote im Bereich der kulturellen Jugendbetreuung bestehen, bieten sich diese für eine adäquate Berücksichtigung dieses zunehmenden Problems an. Bspw. sollte eine rasche Kontaktaufnahme mit dahingehend auffälligen Jugendlichen und eine aktive Thematisierung des Problems im Rahmen der bestehenden Programme erfolgen.



Gregor Lebschik

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer umzäunten Hundezone beim Kreuzungsbereich Kagraner Anger/Polgarstraße zu prüfen.

Begründung

In den Wohnhäusern in dem ggstl. Gebiet leben auch zahlreiche Hunde. Insoweit wäre daher die Errichtung einer umzäunten Hundezone in diesem Bereich sinnvoll und erscheint die ggstl. Fläche dafür geeignet.

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien dürfen daher um eine entsprechende Prüfung ersucht werden.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, eine Stillbank an dem Platz aufzustellen, an dem sich die Skulptur „Entwicklung der Menschheitsgeschichte“ (Wagramer Straße 5) befindet, zwischen dem Vienna International Center (UNO-City) und der gleichnamigen U-Bahn-Station.

Begründung

Für Mütter mit Babys und stillenden Säuglingen richtet sich die gesamte Tagesplanung oft nach dem Hungergefühl ihrer Kinder. Die Bereitstellung von Stillbänken würde Müttern mehr Flexibilität bieten. Säuglinge könnten auf einem eigens mit Fallschutz ausgestatteten Wickeltisch sicher gewickelt werden. Die Bank selbst bietet mit einer integrierten Ablagefläche zusätzliche Sicherheit beim Stillen.

Die Einrichtung einer solchen Bank schafft eine diskrete und bequeme Möglichkeit für stillende Mütter, ihre Kinder in einer entspannten Umgebung zu versorgen. Da der Platz ruhig und gleichzeitig in der Nähe einer U-Bahn-Station liegt, wäre die Installation einer Stillbank eine sinnvolle Ergänzung.



Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach und den Fassaden des Bezirksamts zu prüfen.

Begründung

Eine Photovoltaikanlage ermöglicht es, saubere und erneuerbare Energie zu erzeugen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Durch die Nutzung von Solarenergie kann das Bezirksamt nicht nur seine Energiekosten senken, sondern auch langfristig finanzielle Ressourcen sparen.

Die Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden unterstreicht das Engagement der Stadt Wien für den Klimaschutz. Sie ermöglicht dem Bezirksamt, durch die Eigenproduktion von Strom unabhängiger von externen Energieversorgern zu werden.

Darüber hinaus fördert diese Maßnahme das Umweltbewusstsein und unterstützt aktiv die Erreichung der städtischen Klimaziele.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Überdachung im Bereich der Haltestelle Röbbelinggasse der Linie 89A (Fahrtrichtung Invalidensiedlung) zu prüfen.

Begründung

Im Bereich der Siedlung „KGV Himmelteich“ bestehen wenig legale Parkmöglichkeiten für Besucher der dortigen Anrainer. Insoweit sind diese daher verstärkt auf die Nutzung der Buslinie 89A angewiesen und erscheint daher die Errichtung von Überdachungen bei den dortigen Bushaltestellen prüfenswert.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Überdachung im Bereich der Haltestelle Röbbelinggasse der Linie 89A (Fahrtrichtung Seestadt) zu prüfen.

Begründung

Im Bereich der Siedlung „KGV Himmelteich“ bestehen wenig legale Parkmöglichkeiten für Besucher der dortigen Anrainer. Insoweit sind diese daher verstärkt auf die Nutzung der Buslinie 89A angewiesen und erscheint daher die Errichtung von Überdachungen bei den dortigen Bushaltestellen prüfenswert.



Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Zoran Ilic

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

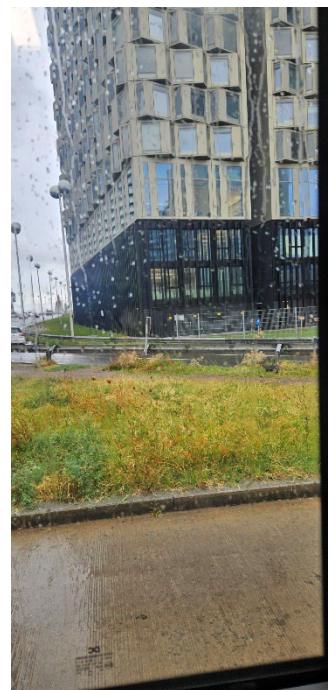
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, Maßnahmen zu setzen um eine Überquerung der Donauufer Autobahn A22 im Bereich von DC Tower 3 zu unterbinden.

Begründung

Immer mehr Menschen versuchen, sich den Umweg über die Isidro-Fabela-Promenade zu ersparen, indem sie die Donauufer-Autobahn A22 überqueren. Dabei begeben sie sich in große Gefahr, besonders in den späten Abendstunden, wenn die Lichtverhältnisse eingeschränkt sind. Für Autofahrer ist es dann oft schwer zu erkennen, wenn jemand die Fahrbahn überqueren möchte – das erhöht das Risiko für Unfälle erheblich.

Zoran Ilic



Bezirksvertretungssitzung 25.09.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative. Wien Donaustadt stellen gemäß § 24 GO der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass jede U2 bis zur Station Seestadt fährt.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

**Die Grünen
Grüne Alternative
Donaustadt**



Bezirksvertretungssitzung 25.09.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative. Wien Donaustadt stellen gemäß § 24 GO der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass mit dem Bau der Verlängerung der Linie 25 bis zum Nelson-Mandela-Platz unverzüglich begonnen wird.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative. Wien Donaustadt stellen gemäß § 24 GO der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass mit dem Bau der Straßenbahn nach Groß-Enzersdorf unverzüglich begonnen wird.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, zu prüfen, welche Bushaltestellen auf der Siebenbürgerstraße und auf der Stadtlauer Straße mit einem überdachten und begrünten Wartehäuschen ausgestattet werden können.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung, um beim Warten bei widrigen Wetterverhältnissen besser geschützt zu sein.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die beiden Telefonzellen an der Ecke Langobardenstraße/Stadlauerstraße zu entfernen.



Begründung:

Die Telefonzellen werden nicht mehr benutzt und sind unansehnlich und schmutzig geworden. Der freiwerdende Platz könnte zB für eine Sitzbank oder zusätzliche Begrünung genutzt werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht, in der Seestadt vorwiegend reichlich Schatten spendende Bäume auszuwählen und die Pflege dieser Bäume sicher zu stellen.

Begründung



Seestadt, Am Ostrom-Park



Seestadt Barbara Prammer Allee

Die Seestadt als neuerrichtetes Stadtgebiet bedarf besonders in Zeiten der Klimaerwärmung besonderes Augenmerk auf effektive Begrünung. Bäume, besonders in Alleen, spielen dabei natürlich eine besondere Rolle als Schattenspender. Daher ist es völlig unverständlich, dass man zur Alleebeplanzung Säulenvarietäten von Baumarten verwendet, die nicht nur offensichtlich schlecht gedeihen, sondern auch äußerst ineffektiv in der Beschattung sind. Überdies ist es auch sehr befremdend, dass neu gepflanzte Bäume offensichtlich durch mangelnde Pflege vollständig absterben.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, nach Entfernung der beiden Telefonzellen an der Ecke Langobardenstraße/Stadlauerstraße an dieser Stelle eine Sitzbank aufzustellen.



Begründung:

In der Stadlauer Straße gibt es einige Geschäfte. Eine Sitzbank im öffentlichen Raum ermöglicht ein Ausruhen auf den Wegen im Grätzl.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den im Februar errichteten Warteplatz vor der Salvatorschule fertigzustellen.

Begründung



Es fehlen die Sitzauflagen und die Abzäunung der Rasenflächen. Ebenso wären Sträucher, statt Rasen zu empfehlen. Die Betonblöcke am Rand des Warteplatzes sind als Sitzgelegenheiten ungeeignet und die versprochenen Sitzauflagen wurden nicht geliefert.

Die Rasenflächen geben im heißen und trockenen Sommer ein trostloses Bild und werden daher auch oft von Wartenden betreten. Eine Bepflanzung mit niedrigen Sträuchern wie auf benachbarten Baumscheiben wäre optisch besser und pflegeleichter.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob am Biberhaufenweg in unmittelbarer Nähe von Orientierungsnummern 8 und 10 mehrere Radabstellplätze errichtet werden können.

Begründung

An der angegebenen Stelle befinden sich einige stark frequentierte Einrichtungen: einen Eissalon, ein Kosmetikstudio, ein Versicherungsmakler und die Praxis einer Hausärztin. Beim Zugang und an den Zäunen sind häufig Fahrräder abgestellt.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Peter Wiecenec
Bezirksrat

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht in der Anfangsgasse zwischen Spargelfeldstraße und der Süßenbrunner Straße Möglichkeiten für die gemeinsame Nutzung durch Radfahrende und andere Verkehrsteilnehmer:innen zu prüfen.

Begründung:

In der Anfangsgasse wurde kürzlich ein Radfahrverbot verhängt. Dadurch ist es Radfahrer:innen nicht mehr möglich den relativ sicheren Weg für alltägliche Besorgungen, zB beim Supermarkt, zu benutzen. Andere Wege sind länger und gefährlicher.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Peter Wiecenec
Bezirksrat

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, bei der 92A Station Ehrenpreisgasse eine Sitzbank aufzustellen.

Begründung:



Bei dieser Station gibt es eine auf Privatinitiative improvisierte Bank (siehe Foto), die den Bedarf der Bevölkerung nach einer Sitzgelegenheit bei dieser Station dokumentiert. Zu den Randzeiten und am Wochenende hat der 92A lange Intervalle von 15 Minuten.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, im Rahmen einer Schwerpunkt-Aktion WasteWatcher am Waldspielplatz Stadlau/Mühlgrund und in den umliegenden Wegen, Gassen und Spielplätzen einzusetzen.



Fotos vom 10. und 19.9.

Begründung:

Am Waldspielplatz Stadlau/Mühlgrund und im umliegenden Gebiet ist ein Anstieg des Mülls in den Grünflächen und am Straßenrand zu beobachten. Diese Rückmeldung kommt insbesondere von Familien mit Kindern und Hunden. Durch den Einsatz von WasteWatchern könnte neben Maßnahmen gegen illegales Wegwerfen (einschließlich Zigaretten-Stummel) auch mehr Bewusstsein für das Thema und die negativen Auswirkungen von nicht ordnungsgemäß entsorgtem Müll für Mensch, Tier und Natur geschaffen werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die U2 bis zur Stadtgrenze geführt wird und dazu mit der Realisierung unverzüglich begonnen wird.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Nord-Ost-Umfahrung samt Donauquerung und Lobautunnel unverzüglich errichtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Der länderübergreifende Durchzugsverkehr darf nicht durch die Stadt geführt, sondern muss - insbesondere auch aus Umweltschutzgründen - um die Stadt herumgeführt werden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der Sportplatz der MS Kagran nach der Beseitigung der Containerklassen unverzüglich wieder in Stand gesetzt wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Mag. Reinhard KOPSCHAR
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Rettungsringe am linken Ufer der Neuen Donau zwischen Kaisermühlenbrücke und Reichsbrücke sowie nördlich der Reichsbrücke umgehend barrierefrei aufgestellt werden.

Begründung

Ein wortgleicher Antrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt bereits am 17.03.2021 eingebracht und einstimmig angenommen (Abbildung 1 vom 17.03.2021). Bis dato wurde der Antrag vom 17.03.2021 nicht umgesetzt, die besagten Rettungsringe sind nach wie vor nur nach Überwindung einer etwa 80 cm hohen Betonwand mit einer dahinter liegenden Böschung zu erreichen und dann müsste mit unsicherem Stand auf einer etwa 45° Böschung der Rettungskasten geöffnet werden, um den Rettungsring zu erreichen. Somit ist eine sinnvolle und barrierefreie Erreichbarkeit der Rettungsringe nicht gegeben und für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung gar nicht möglich.

Es darf daran erinnert werden, dass es sich bei Rettungssystemen gleich verhält wie bei Versicherungen: Braucht man diese nicht, sind sie teuer. Werden diese im Notfall gebraucht, dann müssen sie aber funktionieren! Die in Abbildung 1 und Abbildung 2 gezeigten Rettungsringe können nicht barrierefrei erreicht werden und funktionieren somit nicht optimal.

Für die Sommersaison 2024 zeigt sich bereits ein besorgniserregender Anstieg von Badeunfällen mit tödlichem Ausgang. Weiters wurde laut ORF festgestellt, dass bereits die Hälfte der Achtjährigen nicht mehr schwimmen kann.

Es erscheint daher besonders wichtig, dass an den Gewässern der Donaustadt alle Rettungssysteme so aufgestellt werden, dass diese raschestmöglich zum Einsatz kommen können.



Abbildung 1



Abbildung 2

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass eine Mitteilung über die gültige Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h in der Raffineriestraße und in der Finsterbuschstraße an Google Maps und eventuell an andere Hersteller von Navigationssystemen wie TomTom oder Garmin erfolgt.

Begründung

Die Raffineriestraße und die Finsterbuschstraße verlaufen teilweise durch das Wasserschutzgebiet Lobau. Auf der gesamten Strecke der Raffineriestraße und der Finsterbuschstraße gilt eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h. Leider ist festzustellen, dass diese Geschwindigkeitsbeschränkung sehr oft nicht eingehalten wird. Oft auch von LKW mit Tankaufleger.

Weiters ist festzustellen, dass einige Navigationssysteme – auch Google Maps – den südöstlichen Teil dieses Straßenzuges mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h ausweisen. Möglicherweise ist auch dass ein Grund für die oftmalige Missachtung der Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h.

Eine bessere Ausschilderung der Geschwindigkeitsbegrenzung trägt zu einer besseren Bewusstseinsbildung für eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h im Stadtgebiet bei.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am .09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in der als Wohnstraße ausgewiesenen Löwenzahngasse entsprechende bauliche Maßnahmen die Einhaltung der verordneten Schrittgeschwindigkeit unterstützen.

Begründung

Wiewohl die Löwenzahngasse korrekt als Wohnstraße gekennzeichnet ist, wird diese Straße aufgrund fehlender baulicher Maßnahmen für den Verkehrsteilnehmer nicht als Wohnstraße wahrgenommen. Die Löwenzahngasse ist vom Beginn bis zum Ende der Wohnstraße vollkommen gerade (siehe Abbildungen). Laut StVO regeln die gesetzlichen Vorgaben, dass der Fahrzeugverkehr grundsätzlich in Wohnstraßen verboten ist.

Ausgenommen ist nur

- der Fahrradverkehr (in Wohnstraßen auch gegen die Einbahn erlaubt)
- Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge des Straßendienstes und der Müllabfuhr
- und das Zu- und Abfahren.

Weiters ist in Wohnstraßen das Betreten der Fahrbahn und das Spielen gestattet. Leider ergeben Beobachtungen an mehreren Tagen zu unterschiedlichen Tageszeiten sowie die Befragung der Anrainer eindeutig, dass sich so gut wie niemand an die Geschwindigkeit von 5 km/h (Schrittgeschwindigkeit) sowie an das grundsätzliche Fahrverbot einer Wohnstraße hält. Zusätzlich berichten die befragten Anrainer einhellig, dass man Kinder keinesfalls in der Straße spielen lassen kann. Weiters berichten die Anrainer, dass sich zahlreiche KFZ-Lenkerinnen und Lenker aggressiv gegenüber Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer verhalten. Beobachtungen zeigen eine hohe Durchfahrtsquote von Fahrzeugen diverser Lieferdienste. Das lässt den Schluss zu, dass die Löwenzahngasse bewusst oder unbewusst als Ausweichmöglichkeit der Ampelanlage Erzherzog-Karl-Straße/Hartlebengasse, zum Umkehren (Erzherzog-Karl-Straße Richtung Aspern, bei Hartlebengasse links abbiegen, Löwenzahngasse durchfahren, dann 2xrechts Erzherzog-Karl-Straße Richtung Kagran) oder zum Zu- und Abfahren des Restaurationsbetriebes WOK House Asia genutzt werden.



Abbildung 1



Abbildung 2

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass das ursprünglich verordnete Radfahrverbot im Bereich des Sandstrandes der Pirat-Bucht mit entsprechenden Verkehrszeichen „Fahrverbot für Fahrräder“ erneut gekennzeichnet wird.

Begründung

Mit der Herstellung des Sandstrandes „Pirat-Bucht“ wurde gleichzeitig eine Hundeverbotszone sowie ein Radfahrverbot verordnet. Das Radfahrverbot erstreckte sich im Bereich des aufgeschütteten Sandstrandes und wurde mit zwei gut erkennbaren Verkehrszeichen „Fahrverbot für Fahrräder“ unmissverständlich gekennzeichnet. Diese Verkehrstafeln wurden wenige Wochen nach Aufstellung mutwillig samt Ständer in die Neue Donau geworfen. Nach mehreren Wochen wurden die Verkehrszeichen samt Ständer aus dem Wasser geborgen und wieder aufgestellt.

Danach waren die Verkehrszeichen verschwunden und sind seitdem nicht mehr aufgestellt worden. Um Rechtssicherheit herzustellen und Missverständnisse zu vermeiden, sollte das „Fahrverbot für Fahrrädern“ in diesem Bereich wieder gekennzeichnet werden.



Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Buslinie 85A, wie bis zum 02.09.24, wieder über Oleandergasse, Pelargonienweg und Fuchsienweg fährt.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Wunsch der Schüler und Eltern.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der Spielplatz in der Rosmaringasse, welcher gerade modernisiert wurde, ausreichend beschattet wird.

Begründung

Der Spielplatz wurde vor kurzem instandgesetzt und neue Geräte wurden aufgestellt. Der Spielplatz ist in der prallen Sonne. Kleinen Kindern und auch den Eltern ist es nicht möglich in den Sommermonaten dort zu spielen bzw. zu sitzen, da es keinen Schatten gibt. Angesichts der Temperaturen der letzten Monate ist es nicht zumutbar den Spielplatz zu nutzen.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Hundeverbotszone „Arena Beach“ vollständig mit entsprechenden Hundeverbot-Schildern gekennzeichnet wird.

Begründung

Am neuen Sandstrand Arena Beach wurde eine Hundeverbotszone verordnet. Die Einhaltung wird von entsprechenden Organen kontrolliert und bei Verstößen sind Strafen bis zu 90 Euro möglich.

Die Hundeverbotszone „Arena Beach“ ist aber nicht vollständig ausgeschildert und daher nicht als Hundeverbotszone erkennbar. Die vorhandenen Hundeverbot-Schilder befinden sich

- zweimal am unteren Promenadeweg, von der Brücke kommend nicht erkennbar (Abbildung 2)
- einmal vor der mittleren Stiege, von der Brücke kommend nicht sichtbar (Abbildung 2).

Geht man von der Kaisermühlenbrücke kommend die erstgelegene Stiege zur Arena Beach hinunter (Abbildung 1) und dann den unteren Promenadeweg in Richtung Beach Club weiter, dann ist es einem Hundehalter oder einer Hundehalterin gar nicht möglich zu erkennen, dass man sich in einer Hundeverbotszone befindet.

Um Rechtssicherheit zu schaffen und Konflikte zwischen Badegästen und Hundehaltern zu vermeiden, ist eine vollständige und unmissverständliche Kennzeichnung der Hundeverbotszone Arena Beach unumgänglich. Die entsprechenden Hundeverbot-Tafeln sind vor allen zur Arena Beach führenden Stiegen entsprechend aufzustellen (Abbildung 2).



Abbildung 1



Abbildung 2

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in der OVS Natorpgasse eine Schadensbesichtigung von Wasserschäden durchgeführt wird und gegebenenfalls eine entsprechende Dachsanierung durchgeführt wird.

Begründung

Laut Bericht einiger Eltern, deren Kinder die OVS Natorpgasse besuchen, sind besonders nach Starkregen Feuchtstellen sichtbar.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass von der Oskar Sima-Gasse geradeaus bis zum Annie Rosar-Weg die öffentliche Beleuchtung verbessert wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Werner HAMMER, MSD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die irrtümlich aufgestellte Hundeverbot-Tafel, welche sich deutlich außerhalb der ursprünglich festgelegten Hundeverbotszone „Pirat-Bucht“ befindet, entfernt wird.

Begründung

Mit der Herstellung des Sandstrandes „Pirat-Bucht“ wurde gleichzeitig eine Hundeverbotszone verordnet. Diese Hundeverbotszone erstreckte sich im Bereich des aufgeschütteten Sandstrandes und wurde mit drei gut erkennbaren Hundeverbot-Schildern unmissverständlich gekennzeichnet. Der Wasserzugang war mit Hunden über die Stiege (bei den Toiletten Boxen) sowie im Bereich der Kreuzung der unteren Promenade mit der Verbindungsstraße zur oberen Promenade möglich.

Seit geraumer Zeit befindet sich eine weitere Hundeverbot-Tafel an der unteren Promenade bei der Booteinlassstelle beim Vienna Beach Club. Nach telefonischer Auskunft der Bezirksvertretung wurde die Hundeverbotszone nicht verändert, die Tafel befindet sich also deutlich außerhalb der Hundeverbotszone.



Dr Wolfgang Dusek, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Nebeldusche bei der Kreuzung Franz Lidl-Straße # Anton Sattler-Gasse (in der Nähe der U-Bahnstation Kagran) an einen sinnvolleren Platz verbracht wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Diese Nebeldusche ist an dieser Stelle völlig deplatziert, sinnlos und eine Geld- und Ressourcenverschwendug.

Eine Versetzung an einen Platz, wo Menschen auch etwas davon haben (wie zum Beispiel an einem Kinderspielplatz), ist angebracht.

Melitta BOIGNER
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann



Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass bei der 87A-Haltestelle „Gewerbepark Stadlau“ Sitzbänke aufgestellt werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Bei der Haltestelle ist derzeit keine Sitzmöglichkeit vorhanden.

MMag. Silke Preidt
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Mistkübel im Waldspielplatz Stadlau/Mühlgrund

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, mehrere Mistkübel im Waldspielplatz Stadlau/Mühlgrund aufzustellen.

Begründung:

Wunsch der Bevölkerung. Der Waldspielplatz Stadlau/Mühlgrund ist ein beliebter Ort für Spiel und Spaß für Familien, Kleinkinder sowie Jugendliche. Leider sind in unmittelbarer Nähe zu den Spielgeräten kaum Mistkübel vorhanden, weswegen der Wunsch besteht hier mehrere aufzustellen, um so die Verschmutzung des Spielplatzes zu verhindern.

Wien, am 18.09.2024

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Schulwegsicherung OSV Natorpgasse

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, Maßnahmen zur Schulwegsicherung in der unmittelbaren Umgebung der OSV Natorpgasse - sprich: Natorpgasse, Josef Stickinger Gasse, Stefan Kobligner Gasse, Kagraner Anger zu setzen (z.B. Schutzwege, stärkere Anhebungen der Fahrbahn als bisher, Bodenmarkierungen bzw. ev. Auffrischung dieser, farbige Fahrbahnbeschichtung, Sperrflächen im Kreuzungsbereich etc.)

Begründung:

Wunsch der Bevölkerung. Im Gegensatz zu allen anderen Pflichtschulen in der Umgebung verfügt die OSV Natorpgasse über keinen Schutzweg vor dem Gebäude. Leider ist vorhandene Fahrbahnhebung so flach/niedrig errichtet worden, dass Autos kaum abbremsen. Auch sind die Eltern der Meinung, dass sich die Frequenz in den letzten Jahren durch Wohnungsbau sowie Freizeiteinrichtungen in unmittelbarer Umgebung erhöht hat, wodurch ein Schutzweg durch die steigende Frequenz an Fußgehender gerechtfertigt erscheint.

Wien, am 18.09.2024

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, am Arena Beach ausreichend geeignete Beschattungsmaßnahmen zu installieren.

Begründung

In der Kaisermühlenbucht am linken Donaudamm entsteht der „Arena Beach“, ein über 1.100 Quadratmeter großer Sandstrand. Besonders in den Sommermonaten sind die Besucher dort einer intensiven Sonneneinstrahlung ausgesetzt, da die vorhandenen Bäume noch zu klein sind, um ausreichenden Schatten zu spenden. Dies birgt gesundheitliche Risiken wie Hitzeschlag und Sonnenbrand. Durch die Installation und Bereitstellung von Sonnensegeln, Schirmen oder anderen Beschattungsmöglichkeiten könnte ein sicherer und angenehmer Aufenthalt gewährleistet werden.

Schattige Bereiche würden die Kaisermühlenbucht besonders für Familien, ältere Menschen und alle, die sich gerne im Freien aufhalten, aber zwischen-durch eine Pause von der direkten Sonne benötigen, deutlich attraktiver machen. Dies würde Arena Beach zu einem noch beliebteren Erholungsort machen.



Die Fotos wurden am 07.09.2024 aufgenommen

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, kostenlose Fahrradständer in der Nähe vom Sandstrand „Arena Beach“ einzurichten.

Begründung

Arena Beach, der neue Badestrand in Wien, ist sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch mit dem Fahrrad gut erreichbar. Da viele Badegäste den neuen Sandstrand mit dem Fahrrad besuchen, fehlt es jedoch in der Nähe an geeigneten Fahrradständern. Um den Besuchern einen angenehmen und sorgenfreien Aufenthalt zu ermöglichen, wäre es empfehlenswert, beim Arena Beach ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bereitzustellen.



Das Foto wurde am 07.09.2024 aufgenommen

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass am rechten Flussufer der Neuen Donau unmittelbar südöstlich der WALULISO Brücke die bestehende Hundefreie Zone zeitlich auf die Sommermonate respektive auf die Badesaison begrenzt wird.

Begründung

Dieser Bereich der Neuen Donau wird in den Sommermonaten von zahlreichen Gästen gut besucht. Außerhalb der Badesaison trifft man vereinzelt auf Spaziergeher, Badegäste sind nicht mehr anzutreffen. Die Hundefreie Zone wird mit folgendem Text begründet:

„Im Interesse eines friedlichen Miteinanders zwischen unterschiedlichen Besuchergruppen der Donauinsel ersucht Sie die Magistratsabteilung 45 – Wiener Gewässer diesen Hundefreien Bereich nicht mit Ihrem vierbeinigen Begleiter zu betreten. MitbürgerInnen, die hier Erholung suchen, fühlen sich eventuell durch die Anwesenheit Ihres Hundes gestört. Bitte respektieren Sie die Wünsche Ihrer Mitmenschen und benützen Sie für die Querung dieses Bereiches den oberen Weg des Dammes.“

Nachdem diese Begründung außerhalb der Badesaison wegfällt, soll die Querung dieses Bereiches für Hunde (natürlich mit Leine oder Beißkorb) ermöglicht werden.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass am linken Flussufer der Neuen Donau am unteren Promenadeweg im Bereich FKK Donauinsel Lobau die bestehende Hundefreie Zone zeitlich auf die Sommermonate respektive auf die Badesaison begrenzt wird.

Begründung

Dieser Bereich der Neuen Donau wird in den Sommermonaten von zahlreichen Gästen gut besucht. Außerhalb der Badesaison trifft man vereinzelt auf Spaziergeher, Badegäste sind nicht mehr anzutreffen. Die Hundefreie Zone wird mit folgendem Text begründet:

„Im Interesse eines friedlichen Miteinanders zwischen unterschiedlichen Besuchergruppen der Donauinsel ersucht Sie die Magistratsabteilung 45 – Wiener Gewässer diesen Hundefreien Bereich nicht mit Ihrem vierbeinigen Begleiter zu betreten. MitbürgerInnen, die hier Erholung suchen, fühlen sich eventuell durch die Anwesenheit Ihres Hundes gestört. Bitte respektieren Sie die Wünsche Ihrer Mitmenschen und benützen Sie für die Querung dieses Bereiches den oberen Weg des Dammes.“

Nachdem diese Begründung außerhalb der Badesaison wegfällt, soll die Querung dieses Bereiches für Hunde (natürlich mit Leine oder Beißkorb) ermöglicht werden.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, die Hundezone „Am Hubertusdamm“ zu bewässern.

Begründung

In der Sommerzeit kommt es in der Hundezone „Am Hubertusdamm“ zur kompletten Austrocknung. Die Hundezone befindet sich unmittelbar hinter der oberen Promenade. Die Rasenfläche vor der oberen Promenade wird systematisch bewässert (siehe Abbildung). Es sollte daher ohne größeren Aufwand möglich sein, eine weitere Bewässerungsmöglichkeit aufzustellen, um die Hundezone auch zu bewässern.



Dr Wolfgang Dusek, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass am rechten Flussufer der Neuen Donau unmittelbar südöstlich der WALULISO Brücke die bestehende Hundefreie Zone zu begrenzen ist und den Beginn sowie das Ende der Hundefreien Zone eindeutig mit entsprechenden Schildern auszuweisen.

Begründung

Diese Hundefreie Zone ist nur mit einem Schild unmittelbar südöstlich der WALULISO Brücke gekennzeichnet und somit auch nur aus dieser Richtung kommend erkennbar. Quert man aber die Neue Donau über das Wehr 2 und geht dann Richtung WALULISO Brücke, so ist die Hundefreie Zone nicht ausgeschildert und somit auch nicht als solche erkennbar.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Maßnahmen im Nichtschwimmerbereich

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden beauftragt geeignete Maßnahmen auf dem Asperner See in der Seestadt im Nichtschwimmerbereich zu setzen um Badeunfälle zu vermeiden.

Begründung:

In den letzten Jahren sind in der Seestadt Aspern einige Badeunfälle passiert, teils leider auch tödlich. Da dieser See künstlich angelegt ist und nach einem relativ flachen Uferbereich dann in einem gewissen Bereich eine Kante hat, wo der See ziemlich steil und abrupt abfällt. So wie beim Übergang vom Nichtschwimmer zum Schwimmerbereich im Schwimmbad soll an diesen Stellen Sicherheitsmaßnahmen wie z.B. mit der Aufschrift "Ende Nicht-Schwimmerbereich" angebracht werden.

Wien, am 18.09.2024

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Einsicht Kreuzung bei Rampe Zieritzgasse bei Busremise

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, eine bessere Einsicht in den Kreuzungsbereich bei der Rampe neben der hinteren Seite der Busremise in der Zieritzgasse zu schaffen.

Begründung:

Wunsch der Bevölkerung. Die Rampe führt von der Straßenebene beim BUWOG-Bau rau zum "Forstweg"/Gehweg, der parallel zur Zieritzgasse entlang des so genannten "Indianerspielplatzes" führt, und mündet dort in einer T-Kreuzung. Die Mauer der Busremise verstellt die Sicht in den Kreuzungsbereich, wodurch es oft zu gefährlichen Situationen, vor allem mit Radfahrer:innen kommt. Eine entsprechende Maßnahme sorgt in dem Fall für mehr Sicherheit.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER
Klubobmann
NEOS Donaustadt
Antragsteller

BRin Jing HU
Klubobmann-Stv.
NEOS Donaustadt

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Radweg Aupark/Am Ries

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden gebeten, bei der Kreuzung Am Ries/Auparkweg, Maßnahmen zu treffen um eine Entschärfung der gefährlich Verkehrssituation zwischen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zu schaffen.

Begründung:

Der Auparkweg bzw. am Ries ist eine beliebte Strecke für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Leider ist aufgrund der geographischen Gegebenheit die Kreuzung der tiefste Punkt und noch dazu durch den darüber liegende S-Bahn sehr unübersichtlich. Es kommt durch das Bergab-Stück immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrer:innen und Fußgänger:innen bzw. Kleinkindern und auch erst wieder vor kurzem ereignete sich ein schwerer Radunfall.

Es ist der Wunsch der Bevölkerung Maßnahmen zu treffen, um diese gefährliche Kreuzung zwischen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zu entschärfen.

Wien, am 05.06.2024

BR Marcin SUDER
Klubobmann
NEOS Donaustadt

BR Fritz GRAMS
NEOS Donaustadt
Antragsteller

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Lena Hovivyan, MA

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, einen Zebrastreifen an der Kreuzung zwischen Berchtoldgasse und Am Kaisermühlendamm zu errichten.

Begründung

Die Kreuzung zwischen Berchtoldgasse und Am Kaisermühlendamm wird stark von Autos befahren, wodurch an dieser Stelle ein erhöhtes Risiko für Fußgänger besteht, insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Ein Zebrastreifen würde das sichere Überqueren der Straße erleichtern und die Gefahr von Unfällen deutlich verringern.

Die Installation eines Zebrastreifens würde die Fußgängermobilität fördern, indem Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, sicher und unkompliziert die Straße überqueren können. Dies würde nicht nur die Sicherheit verbessern, sondern auch das Vertrauen in die Verkehrsinfrastruktur stärken.



Die Fotos wurden am 07.09.2024 aufgenommen

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 25.09.2024 folgenden

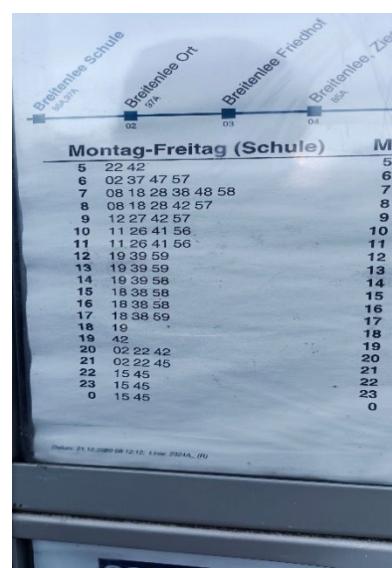
Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass die Abfahrtszeiten der Buslinie 24A ab Breitenlee Schule (Endstelle) während des Schuljahres besser mit dem Unterrichtsende (um 11.55 bzw. 12.55 Uhr) abgestimmt werden.

Begründung

Erfreulicherweise befindet sich die Anfangs-/Endhaltestelle eines Zweiges der Linie 24A direkt vor der Volksschule Breitenlee (Schukowitzgasse). Seit dem heurigen Schuljahr fahren jedoch die Busse von dort nach dem Unterrichtsende (je nach Klasse lt. Stundenplan entweder um 11.55 oder um 12.55 Uhr) nun um 11.59 oder 12.59 (sohin bereits vier Minuten nach Unterrichtsende und damit zu früh) bzw. erst um 12.19 Uhr oder 13.19 Uhr ab (24 Minuten nach Unterrichtsende). Im Interesse der betroffenen Familien (und v.a. der wartenden Kinder) darf daher um eine entsprechende Adaptierung der Abfahrtzeiten ersucht werden.



Bezirksvertretungssitzung 25.09.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und die Eigentümervertreter der Wiener Linien werden ersucht, die Verschlechterungen beim öffentlichen Verkehr die 2024 in Kraft getreten sind, mit sofortiger Wirkung wieder rückgängig zu machen.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der zuständige Stadtrat als Eigentümervertreter der Stadt Wien bei den Wiener Linien werden ersucht, dass die Umsteigezeiten vom 28A in FR Eipeldauerstraße zum 85A in FR Hausfeldstraße bei der Station Breitenlee, Rautenweg, abends ab 20:00 Uhr, mindestens 4min betragen.

Begründung

Wenn der 28A ein oder zwei Minuten Verspätung hat und der 85A pünktlich oder zu früh ist, dann verpasst man den Anschluss bei der Station Breitenlee, Rautenweg. Dies kann durchaus vorkommen. Hat man diesen verpasst, muss man am Wochenende ab 20:45 und unter der Woche ab 22:15 30min auf den nächsten Bus warten. Um dies zu vermeiden, werden die Leute aufs Auto umsteigen und die Busse fahren leer durch die Gegend. Damit die Busse nicht leer durch die Gegend fahren, wäre es gut die Umsteigezeiten zu ändern.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, dass die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 25A, zu allen Tageszeiten und an allen Wochentagen an denen er unterwegs ist, nie mehr als 15 Minuten betragen soll.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, dass die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 27A, zu allen Tageszeiten und an allen Wochentagen an denen er unterwegs ist, nie mehr als 15 Minuten betragen soll.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, sowie die Eigentümervertreter der Wiener Linien werden ersucht, den 85A mit sofortiger Wirkung wieder über den Pelargonienweg fahren zu lassen.

Begründung

- Wunsch der Bevölkerung, da viele Bewohner:innen rund um den Pelargonienweg auf Social Media und mit E-Mails an den Bezirkvorsteher ihren Unmut über den Wegfall des 85A am Pelargonienweg geäußert haben.
- Schüler:innen die in Aspern, Hirschstetten und Eßling in die Schule gehen und auf der Oleanderstraße, am Fuchsienweg oder am Pelargonienweg wohnen, würden wieder gleich schnell in die Schule kommen und sich den zusätzlichen zeitraubenden Umstieg am Rautenweg ersparen, bis zu 15min Zeitverlust.
- Pendler:innen die für Ihren Arbeitsweg die U2 benötigen oder in Hirschstetten arbeiten und auf der Oleanderstraße, am Pelargonienweg oder am Fuchsienweg wohnen, würden wieder gleich schnell in die Arbeit kommen und sich den zusätzlichen zeitraubenden Umstieg am Rautenweg ersparen.
- Bewohner:innen die auf der Oleanderstraße, am Pelargonienweg und am Fuchsienweg wohnen würden wieder aufs Auto verzichten können, wenn sie nach Hirschstetten, zum Badeteich Hirschstetten, Aspern, zum Donauspital Eßling und zur U2 wollen.
- Der Gewerbegebiet Stadlau/Kagran wären wieder schneller erreichbar, was für viele Menschen wieder einen kürzeren Arbeitsweg bedeutet.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, dass die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 87A, zu allen Tageszeiten und an allen Wochentagen an denen er unterwegs ist, nie mehr als 15 Minuten betragen soll.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, dass die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 89A, zu allen Tageszeiten und an allen Wochentagen an denen er unterwegs ist, nie mehr als 15 Minuten betragen soll.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, dass die Taktzeit auf allen Abschnitten der Linie 92B, zu allen Tageszeiten und an allen Wochentagen an denen er im Sommer unterwegs ist, nie mehr als 15 Minuten betragen soll.

Begründung

Die Stadtregierung strebt folgende Klimaziele im Verkehrssektor an:

- Der Anteil, der in Wien im erweiterten Umweltverbund zurückgelegten Wege steigt, bis 2030 auf 85 Prozent und auf deutlich über 85 Prozent bis 2050, jener des motorisierten Individualverkehrs sinkt auf 15 Prozent.
- Der Motorisierungsgrad sinkt bis 2030 bei privaten Pkw auf 250 pro 1.000 Einwohner*innen, Stellplätze im öffentlichen Raum werden sukzessive reduziert.
- Mobilitätsgarantie: In Wien kann man auch ohne einen Pkw zu besitzen mobil sein.
- Der Endenergieverbrauch des Mobilitätssektors sinkt pro Kopf um 40 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 2005).

Daher bedarf es eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, statt einer Verschlechterung des bisherigen Angebots. Nur so können die eigens angestrebten Klimaziele nachhaltig erreicht werden.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Grünphase für Fußgänger:innen auf der Kreuzung Wagramer Straße Maculangasse zu verlängern und die Umlaufzeit zu verkürzen.

Begründung:

Für ein sicheres und zeitgerechtes Queren des Kreuzungsbereichs sind eine kürzere Umlaufzeit und eine längere Grünphase wichtig, da diese vor allem von Schulkindern benutzt wird.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, die Schaltung der Fußgängerampel auf der Groß-Enzersdorfer Straße Kreuzung Haberlandgasse zu verbessern.

Begründung

Die Fußgängerampel über die Großenzersdorfer Straße sollte automatisch umschalten und nicht erst durch Knopfdruck, da es bei der derzeitigen Schaltung oft zu Missverständnissen kommt.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Fuß- und Radwegverbindung von der verlängerten Niklas-Eslarn-Straße zur Seestadtpromenade in voller Breite zu befestigen.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Diese Verbindung wird von den Bewohner:innen der Gegend am Himmelteich gerne angenommen, um am kürzesten Weg zur U-Bahn und in die Seestadt zu gelangen. Zurzeit ist dies aber nur ein Schotterweg, der durch die Benutzung in der Mitte verdichtet wurde (Trampelpfad). Im jetzigen Zustand ist er mit Rädern (Fahrrädern, Kinderwagen) nur sehr rumpelnd zu befahren und stellt er auch für Fußgänger:innen keine angenehm zu gehende Verbindung dar. Speziell ältere Menschen empfinden ihn als sehr wackelig.

Zudem muss man bei jeder Begegnung auf den unverdichteten Teil der Schotterung ausweichen, was eine zusätzliche Gefahrenquelle darstellt.

Der Weg sollte daher schnellstmöglich befestigt und damit gesichert werden.

DI Wolfgang Orgler

Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr.in MMag.a Barbara Boll

Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 25.09.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Parken von Autos auf dem Gehsteig gegenüber von der Volksschule in der Bertha-von-Suttner-Gasse zu unterbinden.

Begründung

In der Bertha-von-Suttner-Gasse ist gegenüber der Volksschule das Parken auf dem Gehsteig erlaubt. Fußgänger:innen ist die Benutzung des Gehsteigs dadurch nicht möglich. Anrainer:innen berichten, dass dadurch auch viele Personen auf der Fahrbahn die Straße entlanggehen und wünschen sich, die Möglichkeit als Fußgänger:innen den Gehsteig nutzen zu können.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Mag. (FH) Peter Wiecenec
Bezirksrat

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in der Seiseneggergasse Nr. 9 bis Nr. 15 das Halten und Parken am Bankett – wie es in der gesamten Seiseneggergasse bereits erfolgt ist – erlaubt wird.

Begründung

Vor wenigen Wochen wurden in der Seiseneggergasse entsprechend der StVO-Verkehrsschilder aufgestellt und somit das Halten und Parken am Bankett erlaubt. Ohne jeden erkennbaren Grund wurde der Bereich zwischen Hausnummer 9 bis 15 ausgelassen, nicht entsprechend ausgeschildert und somit ist in diesem Bereich das Halten und Parken nicht zulässig.

Bei einem Telefonat mit dem Vorsitzenden der Verkehrskommission Donaustadt, Herrn Wolfgang Aicher, welcher bei der Ortsverhandlung war, wurde berichtet, dass der Beamte der zuständigen Magistratsabteilung in der gesamten Seiseneggergasse durch Aufstellung entsprechender Verkehrszeichen das Halten und Parken am Bankett erlaubt - bis auf den reklamierten Bereich zwischen Nummer 9 bis 15. Die merkwürdige Argumentation des Beamten laut Herrn Aicher war, "...weil der Rasen dort so schön ist..."

Nun, die Rasenfläche vor den Grundstücken Nr. 9 bis 15 wurde ja von den Grundbesitzern entsprechend gestaltet und obwohl sie bis dato dort - wenn auch "illegal" - ihre Kraftfahrzeuge abgestellt haben. Deshalb ist davon auszugehen, dass die vor den Grundstücken befindlichen Grünflächen weiterhin so schön erhalten bleiben, auch wenn das Halten und Parken erlaubt wird.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die geplante Errichtung eines Gehsteiges in der Seidelbastgasse nicht umgesetzt wird.

Begründung

In einer mündlichen Verhandlung am 25.07.2024 um 12:30 Uhr (MA 37/775366-2024-1) wurde den überraschten Anrainern mitgeteilt, dass in der Seidelbastgasse auf der bewohnten Seite Gehsteige errichtet werden. Die Befragung der Anrainer ergab, dass aus ihrer Sicht keine Notwendigkeit für einen Gehsteig bestehe.

Es ist weder zu Tag- noch zu Nachtzeiten eine entsprechende Frequenz an Fußverkehr festzustellen, welche die Errichtung eines Gehsteiges rechtfertigen würde.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, für die Buslinie 26A eine zusätzliche Busstation zwischen den Stationen Lannesstraße und Kirschenallee einzurichten.

Begründung

Wunsch einiger Personen mit Gehbehinderung.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Radwege auf der Breitenleer Straße zwischen Süßenbrunner Straße und Am Bergl in beiden Fahrtrichtungen deutlich als Ein-Richtungs-Radweg markiert werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Auf der Breitenleer Straße sind die Radwege im oben genannten Bereich nicht durchgehend als Richtungsradwege gekennzeichnet. Diese werden dort aber auf beiden Seiten in beide Fahrtrichtungen benutzt, obwohl die schmalen Radwege nicht dafür geeignet sind.

In den Kreuzungsbereichen kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen, da Radfahrer, welche gegen die Fahrtrichtung unterwegs sind, von Autofahrern übersehen werden.

MMag. Silke PREIDT
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Lichtsignalanlage (im folgenden Text als Ampel bezeichnet) der Kreuzung Groß Enzersdorfer-Straße # Haberlandgasse für Fußgänger bei jeder Grünphase für den Autoverkehr Richtung Haberlandgasse und Richtung Groß Enzersdorfer-Straße auch als Grünphase mitgeschaltet wird.

Begründung

Zurzeit wird die Ampel für Fußgänger, welche die Groß Enzersdorfer-Straße queren wollen, nicht bei jeder Grünphase des Autoverkehrs mitgeschalten. Es ergibt sich daraus eine erheblich lange Wartezeit. Diese Querung wird von sehr vielen Personen frequentiert, die bei Hofer einkaufen und/oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Aus Sicht eines Fußgängers ist kein Grund erkennbar, warum die Ampel so lange Rot zeigt. Das führt oft dazu, dass dann die Straße bei Rotlicht gequert wird.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die, vor allem bei schlechtem Licht, für Busfahrgäste und Passanten gefährlichen Felsen und Reflektorposten vor der Parzelle 152 des Kleingartenvereins „Himmelteich“ unmittelbar neben der Haltestelle des 89A entfernt werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Beschwerden von Fahrgästen über die offenbar illegal angebrachten Felsen und Reflektorposten bei den Wiener Linien verhallten bislang ungehört.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass vor der OVS Natorpgasse ein Schutzweg errichtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Zahlreiche Eltern, deren Kinder die OVS Natorpgasse besuchen, sind darüber verärgert, dass sich vor der Schule kein Schutzweg befindet.

Dr Wolfgang DUSEK, M.Sc.
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass in der Röbbelinggasse und hier auch vor der Kleingartenanlage „Himmelteich“ so wie in den umliegenden Gassen der Lehensiedlung, Parkspuren oder/und Stellplätze durch Aufstellung von Parktafeln markiert werden.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Es können dort in diesem Bereich weder Handwerker, Lieferdienste noch Besucher der Anrainer legal parken. Dieser Missstand und die Ungleichbehandlung gegenüber anderen Bewohnern in diesem Siedlungsgebiet müssen beseitigt werden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 25.09.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass von der Oskar Sima-Gasse geradeaus bis zum Annie Rosar-Weg bei Regen das Wasser nicht zu den Gebäuden hinrinnt, sondern von diesen wegrinnt.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung. Bei Regen werden die Gebäudemauern permanent durchfeuchtet.

Werner HAMMER, MSD
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend E- Ladestation Schüttaustraße

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienstellen der Stadt Wien werden ersucht, eine E-Ladestation auf der Schüttaustraße nahe der Musikschule zu errichten.

Begründung:

In diesem Grätzel parken immer mehr E-Autos vor den Häusern. Eine Ladestelle in dieser Höhe ist ein Wunsch der Anrainer:innen und der Besucher:innen der Musikschule. Dies erhöht die Bereitschaft, sich für ein E-Auto zu entscheiden und im weiteren Sinn die Klimafreundlichkeit der Donaustadt zu forcieren.

Wien, am 18.09.2024

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Stephanie Beichl

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Verkehrssituation bei der Kreuzung Mühlwasserstraße/Kaisermühlenstraße zu überprüfen.

Begründung

Vor allem nach baulichen Veränderungen, aber auch schon davor und durch den stetigen Zuzug immer stärker, kommt es größtenteils zu Stoßzeiten und in den wärmeren Jahreszeiten an der Kreuzung Mühlwasserstraße/Kaisermühlenstraße zu möglicherweise verhinderbaren Verzögerungen im Verkehr – sowohl KFZ als auch die beiden Linienbusse 92A und 93A betreffend.

So führt entlang der Kaisermühlenstraße ein Radweg mit Radfahrerüberfahrt das Ende der Mühlwasserstraße querend, der zu manchen Zeiten mit recht hoher Frequenz genutzt wird, was zur Konsequenz hat, dass sich Busse und KFZ, deren Fahrer von der Mühlwasserstraße in die Kaisermühlenstraße einbiegen möchten, weit zurückstauen, weil sich oft über längere Zeiträume keine Möglichkeit ergibt, zwischen zwei aufeinanderfolgenden, die Radfahrerüberfahrt nutzenden, Radfahrern die Radfahrerüberfahrt zu queren, ohne zu riskieren dabei einen Radfahrer zu behindern oder gar zu verletzen.

Aus diesem Grunde wäre von den zuständigen Stellen der Stadt Wien die Verkehrssituation dort zu überprüfen und daraufhin eine möglichst sinnvolle Lösung zu erarbeiten, die ein rascheres und sichereres Fortkommen aller Betroffener ermöglicht.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Straße „Am Mühlwasser“, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Straße „Am Mühlwasser“ vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Straße „An der Bien“, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Straße „An der Bien“ vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Straße „Am Schierlinggrund“, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Straße „Am Schierlinggrund“ vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des **Angorawegs**, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Angorawegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Danzergasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Danzergasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des **Binsenwegs**, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Binsenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Brockhausengasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Brockhausengasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Erlenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Erlenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Espenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Espenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Grenadierweg, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Grenadierweg vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Fliegerwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Fliegerwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Havannawegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Havannawegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Gründungswegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Gründungswegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Gelbsilberwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Gelbsilberwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Hermelinwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Hermelinwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Khuenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Khuenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Dragonerwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Dragonerwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Lobaugasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Lobaugasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Leo-Lehner-Gasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Leo-Lehner-Gasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Korbweidenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Korbweidenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Luitpold-Stern-Gasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Luitpold-Stern-Gasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Milanwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Milanwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Marderwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Marderwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 4.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Niedermeierwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Niedermeierwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Kürbiswegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Kürbiswegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Otto Weber Gasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Otto Weber Gasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Pachtwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Pachtwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Pionierwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Pionierwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Ulanenwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Ulanenwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer der Plattensteinergasse, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer der Plattensteinergasse vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Verbandswegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Verbandswegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Schillochwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Schillochwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Naufahrtwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Naufahrtwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Die unterfertigende Bezirksrätin der ÖVP-Donaustadt

Mag. Michaela Jana Löff

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ausreichend PKW-Stellplätze für die Anrainer des Waldviertlerwegs, 1220 Wien geschaffen werden.

Begründung

Es liegen Beschwerden der Anrainer des Waldviertlerwegs vor, dass nicht alle rechtlich möglichen und vertretbaren Parkplätze geschaffen wurden. Es wird ersucht jede Möglichkeit (Einbahn-Regelung, Parken-Gebotsschilder, weitere Bodenmarkierungen) zu prüfen, um die angespannte Parkplatzsituation zu entschärfen.

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, eine häufigere regelmäßige Linienführung der Buslinie 25A zwischen Süßenbrunner Platz und Kagraner Platz zu prüfen.

Begründung

Die Buslinie 25A führt üblicherweise von Süßenbrunn bis zur Station Rennbahnweg und schließt so diesen Bezirksteil an das U-Bahn-Netz an. Einmal täglich führt die Linie jedoch bereits verlängert bis zur Station Kagraner Platz. Da diese Station ein weitaus bedeutenderer Verkehrsknotenpunkt, im Vergleich zur Station Rennbahnweg, ist, erscheint eine häufigere verlängerte Linienführung (tw. mit eigener bereits bestehender Busspur) bis zum Kagraner Platz sinnvoll und wäre im Interesse der Süßenbrunner Bevölkerung. Dadurch wäre insbesondere auch auf vergleichsweise einfache Weise ein Direktanschluss von Süßenbrunn zur Linie 26 (bzw. hinkünftig auch Linie 27) gegeben bzw. würde die Linie U1 (zumindest zwischen Rennbahnweg und Kagraner Platz) entlastet.

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass bei den vom Bezirk getragenen Angeboten im Rahmen der kulturellen Jugendbetreuung eine Prävention betreffend „Antisemitismus“ in adäquater Weise Berücksichtigung findet.

Begründung

Der zunehmende Antisemitismus, gerade junger Menschen und vielfach aus Zuwanderungsgruppen, nimmt in ganz Europa (die jüngsten Ereignisse im Rahmen von Fußballspielen in Amsterdam und Paris seien exemplarisch angeführt) zu. Bedauerlicherweise ist dies auch in Wien spürbar. Insbesondere wird etwa das Existenzrecht Israels von zumeist muslimischen Jugendlichen zunehmend radikal verneint. Österreich und auch die Stadt Wien haben dahingehend auch eine historische Verantwortung unverzüglich einzugreifen. Da seitens des Bezirkes doch vergleichsweise umfangreiche Angebote im Bereich der kulturellen Jugendbetreuung bestehen, bieten sich diese für eine adäquate Berücksichtigung dieses zunehmenden Problems an. Bspw. könnte so noch im Vorfeld eine Kontaktaufnahme mit dahingehend auffälligen Jugendlichen erfolgen. Durch eine aktive Thematisierung im Rahmen der

bestehenden Programme könnte so tatsächlichen antisemitischen Handlungen womöglich präventiv vorgebeugt werden.

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Christian Timmermann

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, bestehende öffentliche Mistkübel mit „Pfandsammelringen nachzurüsten und neue Mistkübel von vornherein damit auszustatten

Begründung

Mit 2025 kommt das Pfand auf PET-Flaschen und Getränkedosen. Oftmals werden diese dennoch im Mistkübel entsorgt. Um zu vermeiden, dass sich Menschen dazu genötigt fühlen in den Mistkübeln nach Pfandgut zu suchen, kann ein Austausch niederschwelliger und, nachhaltiger und würdevoller stattfinden. Flaschen und Dosen können in solchen Sammlern abgestellt werden und somit leicht entnommen und zum Pfandautomaten gebracht werden.

Beispiel für Pfandsammelringe aus anderen Regionen



Wir ersuchen um Zustimmung

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Mag. Gregor Lebschik, LL.M.

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die nicht erforderlichen Containerklassen bei der Mittelschule, Afritschgasse 56, zu entfernen.

Begründung

Da diese Klassen zu einem großen Teil nicht benötigt werden, ist ein gravierender Planungsfehler seitens der zuständigen Stellen der Stadt Wien anzunehmen. Insoweit sollten nunmehr zumindest die nicht erforderlichen Containerklassen ehemöglichst entfernt werden.

Thema:

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Christian Timmermann

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, eine Schulungskampagne für Senioren und Seniorinnen zur Nutzung der Wien Mobil App zu starten.

Begründung

Die Schulung soll eine einladende und unterstützende Umgebung schaffen, in der Senioren und Seniorinnen ihre Fähigkeiten im Umgang mit der Wien Mobil App entwickeln können. Durch praktische Übungen und die Überwindung von Ängsten soll dadurch eine positive Einstellung zur Digitalisierung gefördert werden.

Einführung in die Digitalisierungsoffensive der Stadt Wien

Was ist die Wien Mobil App?

Warum ist die Digitalisierung wichtig?

Überblick über die Wien Mobil App

Funktionen der App: Öffentliche Verkehrsmittel, Car-Sharing, Bike-Sharing
Vorteile der Nutzung: Flexibilität, Umweltbewusstsein, Kostenersparnis

Smartphone-Grundlagen

Grundlegende Bedienung: Touchscreen, Tasten, Apps finden
Sicherheit: Passwortschutz, Updates, Datenschutz

Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Nutzung der Wien Mobil App

App herunterladen und installieren
Erstellen eines Benutzerkontos
Suche nach Verkehrsanbindungen
Buchung von Car-Sharing und Bike-Sharing
Bezahlung und Nutzung

Praktische Übungen

Gemeinsames Herunterladen der App
Simulieren von Buchungen (z.B. eine Fahrt mit dem öffentlichen Verkehr planen)
Nutzung von Car-Sharing und Bike-Sharing in der Praxis

Überwindung von Ängsten und Unsicherheiten

Diskussion von Ängsten im Umgang mit Technologie
Tipps zum Umgang mit Unsicherheiten: Geduld, üben, Fragen stellen
Unterstützung durch Familie und Freunde

Fragen und Antworten

Offene Fragerunde zu spezifischen Anliegen und Problemen

Der unterfertigende Bezirksrat der ÖVP-Donaustadt

Christian Timmermann

stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt am 04.12.2024 folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, das Geschäftsgebiet von Wien Mobil bis nach Essling zu erweitern.

Begründung

Wien Mobil Stationen der Wiener Linien stellen ein neuartiges Sharing-Angebot dar, bei dem je nach Standort unter anderem etwa Bikesharing von Citybike, Carsharing und E-Ladestationen von Wien Energie zusammengefasst werden.

Mit der wachsenden Bevölkerung und zunehmenden Dichte der Besiedelung wie in Essling, ist es mehr als sinnvoll diesen Service zu erweitern. Bürgerinnen und Bürger aller Stadtteile sollten uneingeschränkten Zugang zu dieser Form der Mobilität haben. Dies stellt eine Möglichkeit dar, mittel- bis langfristig privaten Autobesitz zu verringern.

Als neuer Standort würde sich die Illnergasse Neubau der Siedlungsunion) sehr gut eignen. Durch die neuen Bauten auf der Esslinger Hauptstraße, den neuen Seniorenverein in dem Neubau der Siedlungsunion am Telefonweg und der wachsenden Bevölkerungszahl ist eine Erweiterung des Car-Sharing zu befürworten.

Bezirksvertretungssitzung 4.12.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden in der Donaustadt zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung:

Um fossile Energieträger zu reduzieren ist eine umweltfreundliche Stromgewinnung aus Solarenergie zu befürworten.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 04.12.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative. Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der zuständige Stadtrat als Eigentümervertreter der Stadt Wien bei den Wiener Linien werden ersucht, am Süßenbrunner Platz bei der 25A Station Fahrtrichtung Rennbahnweg, einen Bussteig zu errichten, damit das Ein- und Aussteigen für Rollstuhlfahrer:innen und Menschen mit Kinderwagen problemlos möglich ist.

Begründung

Derzeit befindet sich am Süßenbrunner Platz selbst kein Bussteig, sondern lediglich eine Haltestellenstange, vor der der Bus hält. Dadurch müssen Menschen mit Kinderwagen, sowie Rollstuhlfahrer:innen einen enormen Höhenunterschied bewältigen um in den Bus einsteigen zu können. Damit das Ein- und Aussteigen bei dieser Station erleichtert wird, fordern wir, dass dort ein Bussteig errichtet wird.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 04.12.24

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, zu überprüfen, ob eine Intervallentflechtung der Linien 25 und 26A in Fahrtrichtung Kagran bei der Station Erzherzog-Karl-Straße, an Sonn- und Feiertagen möglich ist.

Begründung

Die Linien 25 und 26A fahren beide von der Station Erzherzog-Karl-Straße nach Kagran. Dabei fahren sie an Sonn- und Feiertagen von 10:00 bis 20:00 zwar jeweils sechs Mal pro Stunde, jedoch werden die Stationen wie fahrplanmäßig vorgesehen, stets zur (fast) gleichen Zeit angefahren. Aus einer Entflechtung der Intervalle würde eine Verdoppelung der Mitfahrmöglichkeiten ohne Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge resultieren, was den Fahrgästen sehr entgegenkommen würde.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 04.12.2024

Die unterzeichneten Bezirksrätel:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, an einem stark frequentierten Ort in der Donaustadt eine Sitzbank in der Farbe Orange, versehen mit einem deutlich lesbaren Aufruf gegen Gewalt an Frauen und der Angabe von Notruf-Nummern auf der Bank aufzustellen.

Begründung:

In Österreich erlebt jede 3. Frau ab dem Alter von 15 Jahren körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Meistens erfahren die betroffenen Frauen Gewalt im sozialen Nahraum. Im Jahr 2024 gab es bis dato 26 Femizide und 39 Fälle schwerer Gewalt an Frauen (Stand 11.11.2024). (Quelle: [Autonome Österreichische Frauenhäuser](#))

Die Farbe Orange steht für das Recht auf ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben für Frauen und Mädchen, für eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die [UN-Kampagne „Orange The World“](#) findet jährlich zwischen dem 25. November, dem “Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen”, und dem 10. Dezember, dem “Internationalen Menschenrechtstag”, statt. Mit dem Aufstellen einer Orangen Bank wird im öffentlichen Raum ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt. Ein solche Orange Bank steht zB in Neubau.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Andrea Pelzmann
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 04.12.2024

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob bei der U2 Station Donaustadtbrücke weitere Bügel zum Absperren von Fahrrädern errichtet werden können.

Begründung:

Die bestehenden Radabstellplätze sind in der Früh vollständig belegt und einige Fahrräder sind an illegalen bzw. ungeeigneten Stellen abgestellt.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Peter Wiecenec
Bezirksrat

Bezirksvertretungssitzung 04.12.24

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Verkehrsberuhigung der Schukowitzgasse zwischen Rautenweg und Breitenleer Straße zu prüfen.

Begründung

Eine Verkehrsberuhigung bedeutet für viele Kinder und Anrainer:innen:

- Sicherere Schulwege
- Lärmreduktion
- Weniger Abgase und Feinstaubbelastung

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Adam Unterwalcher
Bezirksrat der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 4.12.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Seidelbastgasse geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Begründung

Die Anrainer:innen der Seidelbastgasse wünschen sich eine Verkehrsberuhigung, indem zum Beispiel die Seidelbastgasse als Wohnstraße ausgewiesen oder die Durchfahrmöglichkeit für den motorisierten Individualverkehr unterbunden wird.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Bezirksvertretungssitzung 4.12.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, bei der Busdoppelhaltestelle Donaustadtbrücke der Linien 93A/92A im Bereich der Station der Linie 92A Richtung Kaisermühlen VIC eine Sitzbank aufzustellen.

Begründung

Die Station der Linie 92A ist so weit von der Station 93A mit Sitzbank und Wartehäuschen entfernt, dass dort sitzende ältere oder gehbehinderte Personen, die auf den 92A warten, diesen nicht rechtzeitig oder nur mit Mühe erreichen, eventuell auch vom Busfahrer übersehen werden können. Bei der gegenüberliegenden Station befindet sich eine Sitzbank an der richtigen Stelle.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Bezirksvertretungssitzung 4.12.2024

Die unterzeichneten BezirksrätlInnen der Grünen Alternative Wien Donaustadt stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien und der Wiener Linien werden ersucht, bei der Busstation des 92A „Schüttaustraße“ Richtung Aspern Zachgasse eine Sitzbank aufzustellen.

Begründung

Diese Station vor der Musikschule wird von Kindern mit Musikinstrumenten, deren Eltern, aber auch vielen Senior:innen frequentiert. Eine Sitzbank würde die Wartezeiten auf den Bus erleichtern.

Dipl.-Ing. Wolfgang Orgler
Klubobmann der Grünen Donaustadt

Dr. Christa Staudinger
Bezirksrätin

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die U2 bis zur Stadtgrenze geführt wird und dazu mit der Realisierung unverzüglich begonnen wird.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Resolution an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Nord-Ost-Umfahrung samt Donauquerung und Lobautunnel unverzüglich errichtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Der länderübergreifende Durchzugsverkehr darf nicht durch die Stadt geführt, sondern muss - insbesondere auch aus Umweltschutzgründen - um die Stadt herumgeführt werden.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Mobilklassen am Standort der MS Kagran nach dem Wechsel der Auszubildenden in die neuen Mobilklassen „Seestadt“ gegenüber dem Bildungscampus 22., Sonnenallee 116, unverzüglich abgebaut werden und der Sportplatz wieder benützbar gemacht wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Mag. Reinhard KOPSCHAR
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass die Ampelschaltung Biberhaufenweg # Ulanenweg so programmiert wird, dass es zu keiner permanenten täglichen Staubbildung in den Morgenstunden kommt.

Begründung

Einem gleichlautenden FPÖ-Antrag vom 14.12.2022 wurde einstimmig zugestimmt. Das war fast am Tag genau vor zwei Jahren! Leider ist bis heute nichts passiert.

Bei dieser Verkehrsampel kommt es morgens täglich zu massiven Verkehrsrückstauungen im Berufsverkehr. Es staut zurück bis auf die Erzherzog-Karl-Straße. Dies wäre nicht notwendig, da erstens nur ganz wenige Autos vom Supermarkt und der Tankstelle kommen und zweitens auf die einbiegenden Autofahrer des Ulanenweges, wie auch bei allen anderen Seitengassen des Biberhaufenweges, Rücksicht genommen wird.

Die Ampelschaltung könnte in den Morgenstunden z.B. vom 06.00 – 09.00 Uhr auf blinkend gestellt werden.

Die Abgasbelastung für die Bewohner der umliegenden Wohnhäuser würde somit verringert werden. Im Sinne des Klimaschutzes ist dies auch dringend notwendig.

Melitta BOIGNER
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der Stations- und Haltestellenbereich in der Unterführung der Bahnhaltestelle „Erzherzog Karl-Straße“ zur Erhöhung der Sicherheit deutlich besser ausgeleuchtet wird.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Antrag an die
Bezirksvertretung Wien-Donaustadt
in der Sitzung am 04.12.2024

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass im Kreuzungsbereich Dittelgasse # Lannesstrasse # Ultzmanngasse Maßnahmen gesetzt werden, um ein problemloses Passieren durch alle Verkehrsteilnehmer zu ermöglichen.

Begründung

Wunsch der Bevölkerung.

Dr Wolfgang DUSEK
Bezirksrat

Dipl.-Ing.(FH) Andreas DVORAK, M.Sc.
Klubobmann

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

Antrag betreffend Wildwiese im Elinor-Ostrom-Park

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.12.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienstellen der Stadt Wien werden ersucht, die weiter entfernt von der U-Bahn liegenden Grünflächen im Elinor-Ostrom-Park als sogenannte "Wildwiese" gedeihen zu lassen.

Begründung:

Um die Artenvielfalt von Pflanzen sowie der davon profitierenden Tiere - allen voran Insekten - zu fördern, wäre es sinnvoll, Grünflächen in Parks, die von der Bevölkerung ohnehin kaum als Liegeflächen oder für Spielaktivitäten genutzt werden, als Wildwiesen anzulegen. Im Elinor-Ostrom-Park betrifft dies insbesondere die beiden Grünflächen bei der Hundezone und die kleinere Grünfläche vor dem Gemeindebau.

Wien, am 27.11.2024

Die NEOS Bezirksräte

Jing Hu

Marcin Suder

Friedrich Grams

An das

Bezirksamt Donaustadt

z.Hd. Herrn Bezirkvorsteher Ernst Nevrivy

**Antrag betreffend Verkehrsberuhigung
Löschniggasse/Pilotengasse/Mühlhausergasse**

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Donaustadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.12.2014 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, eine Lösung zur Verkehrsberuhigung für die Löschniggasse/Pilotengasse/Mühlhausergasse zu finden (z.B. eine teilweise Einbahnregelung in der Mühlhausergasse).

Begründung:

Der Verkehr von der Hausfeldstraße in Richtung Erzherzog-Karl-Straße nimmt oft die Löschniggasse und die Pilotengasse als Schleichweg, um zur Aspernstraße bzw. Erzherzog-Karl-Straße zu gelangen. Da die Anrainer:innen sich über den massiven Verkehr beschweren und es auch eine Gefährdung für Kinder (Schulweg) gibt, ersuchen wir um eine dringende Lösung.

Wien, am 27.11.24